Deutsche Rundschau
in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł. mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł. vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. – Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung rc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. – Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50% Aufschlag. – Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. – Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. – Offertengebühr 100 gr. – Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 26 — **Bromberg, Freitag, den 2. Februar 1934** — **58. Jahrg.**

Des gesetzlichen Feiertags Mariä Lichtmeß wegen wird die nächste Nummer dieser Zeitung am Sonnabend, dem 3. Februar, nachmittags, ausgegeben.

Der Zehnjahres-Pakt

Eine offiziöse deutsche Erklärung.

In einem Kommentar zu dem Zehnjahres-Pakt zwischen Deutschland und Polen nimmt die offiziöse **Deutsche Diplomatische Korrespondenz** grundsätzlich Stellung zu dem letzten Akt der deutschen Außenpolitik und schreibt dabei u. a.:

Das Berliner Verständigungsabkommen zwischen Deutschland und Polen wird als die reale Betätigung eines auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichteten Willens begrüßt. Die beiden Länder gehen in diesem Abkommen dazu über, die Ideen des Kelloggpaktes aus der Sphäre des Akademischen und Problematischen in die praktische Politik überzuführen. Sie wollen, wie es in dem Abkommen heißt, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze stützen und, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen. Damit ist der Ausgangspunkt einer moralischen und völkerrechtlichen Entwicklung gewonnen, die nicht nur für die Beziehungen der unmittelbar Beteiligten, sondern für das internationale Leben überhaupt sich als ungemein fruchtbar zu erweisen verspricht. Der Kelloggpakt, der seit fünf Jahren die gesamte Kulturwelt zum Verzicht auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik und zur friedlichen Regelung aller Streitigkeiten verpflichtet, ist in einer Zeit abgeschlossen worden, die für die große, klare Linie seiner Grundsätze noch kein Verständnis hatte und sich die Organisierung des Friedens nur in parlamentsähnlichen Institutionen und paragraphenmäßigen Kodifizierungen vorstellen konnte. Daher der sofort einsetzende, aber notwendigerweise fruchtlos bleibende Versuch der Angleichung der Völkerbundsatzung an den Kelloggpakt, die sich auf zwei völlig verschiedenen Ebenen bewegen und den Gegensatz zwischen einem veralteten und einem fortschrittlichen Organisationsprinzip ausdrücken. **Für Deutschland mit seiner Politik der friedlichen nationalen Selbstbehauptung konnte die Wahl nicht schwer sein, und erfreulicherweise hat sein Nachbar im Osten den gleichen Boden betreten, der jede Gewähr einer festfundierten Verständigung bietet.**

Es liegt in der Linie der deutschen Politik, daß die von Deutschland geschlossenen Verträge sich nicht — offen oder versteckt — gegen Dritte richten. Deutschland schließt keine Allianzen und keine gegenseitigen Garantieverträge, wie sie auch im Zeitalter des Völkerbundes möglich waren und seinen Zweck verfälscht haben. Es hält aber Verträge mit den Staaten für notwendig, mit denen Reibungen und Interessengegensätze bestehen und es erstrebt eine Garantie für den Frieden, in der Überzeugung, daß diese Friedensgarantie, wie es das deutsch-polnische Abkommen ausdrückt, den Regierungen die große Aufgabe erleichtern wird, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der Interessen beruhen. Dieses Streben nach Ausgleich und Versöhnung ist das ausgesprochene Gegenteil einer Politik, die die vorhandenen Gegensätze zwischen den Staaten als unabänderlich hinnimmt und sie zu egoistischen Zwecken verschärft und ausbeutet.

Das Berliner Verständigungsabkommen schafft im besten Sinne des Wortes **Ruhe im Osten.** Es erregt aus diesem Grunde ein besonderes Interesse in denjenigen Ländern, die sich Deutschland gegenüber in ähnlicher Lage wie Polen zu befinden glauben, namentlich in der Tschechoslowakei, die schon vor acht Jahren an den Bestrebungen für ein sogenanntes Ostlocarno beteiligt war. Es ist aber zweifellos eine Verkennung der Situation, wenn schon heute ein Prager Blatt auf die Fortsetzung dieser Bemühungen hinarbeiten will. Das erwähnte Blatt meint, die Völkerbundstaaten, namentlich Frankreich und die mit ihm verbündeten Mächte, würden vorerst eine Möglichkeit finden müssen, den deutsch-polnischen Vertrag in das allgemeine europäische System einzufügen. **Der neue Vertrag sei kein vollständiges Ostlocarno,** da dazu zum mindesten auch die Tschechoslowakei gehören würde. (Ist der neue Vertrag nur deshalb kein Ostlocarno? D. R.) Es ist nach allen bisherigen Erfahrungen zu verstehen, daß der Leiter der Prager Außenpolitik sich zurückgesetzt fühlt, wenn in Europa etwas im Namen des Friedens geschieht, das nicht seiner Initiative entspringt oder wenigstens seine Zustimmung gefunden hat. Es kommt aber für die Zukunft Europas darauf an, daß nicht nur im Namen, sondern auch im Interesse des Friedens gehandelt wird, und in diesem entscheidenden Punkte verdient das deutsch-polnische Abkommen den Vorzug vor den Ausarbeitungen, die unter den Auspizien von Dr. Benesch aus den Genfer Laboratorien hervorgegangen sind. Die Genfer Erzeugnisse sind, daran muß man sich auch in Prag gewöhnen, kein bewährtes Mittel gegen die Gefahren der Zeit, und der Völkerbund ist nie ein allgemeingültiges System gewesen. Was außerhalb dieser Institution geschieht bedarf keiner Genehmigung oder Bestätigung durch sie. Aber mit dem „allgemeinen europäischen System" ist anscheinend nicht so sehr der Völkerbund als solcher, sondern ein Bündnissystem gemeint, das nicht einmal zu dem Geist des Völkerbundes paßt. In diese ungesunden Niederungen der europäischen Nachkriegspolitik wird Deutschland sein ehrliches Friedensstreben niemals hinabziehen lassen.

Die Vertreter Frankreichs und Rumäniens bei Pilsudski.

Am 29. Januar empfing Marschall Piłsudski, wie wir bereits meldeten, in Gegenwart des Außenministers Beck den Botschafter Frankreichs, Laroche, und den Gesandten Rumäniens, Cadere. Im Zusammenhang mit diesen Unterredungen erhalten wir von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter die nachstehenden bemerkenswerten Ausführungen:

Diese von üblichen Besuchen der ausländischen Diplomaten beim Außenminister sehr abweichenden Empfänge, welche im Belvedere stattgefunden haben, wo jede Audienz beim Marschall in Gegenwart des Außenministers nachweislich bisher immer **den Stempel eines Aktes von besonderer Bedeutung trug, worauf sich eine politische Wendung von großer Tragweite zu vollziehen pflegte,** haben nicht verfehlt, auf die öffentliche Meinung einen starken Eindruck zu machen und verschiedene Fragestellungen anzuregen. Es bedarf keines langen Rätselratens, um sich den Gegenstand vorzustellen, von dem in der Audienz der Vertreter zweier mit Polen verbündeter Staaten beim Marschall die Rede war. **Es handelt sich natürlich um die Entgegennahme der autoritativsten polnischen Erklärungen hinsichtlich der Modalitäten der Wirkung des polnisch-deutschen Zehnjahres-Abkommens auf das bundesgenössische Verhältnis Polens zu Frankreich und Rumänien.** Die Tragweite dieser Erklärungen ist einleuchtend. Diesbezüglich sind die vorbereitenden Umstände nicht zu übersehen, wie z. B. die Tatsache, daß der französische Botschafter Laroche noch am 26. d. Mts. in Paris weilte, wo er vom Präsidenten der Französischen Republik in Audienz empfangen worden ist. In dieser Audienz war die Formulierung der Frage erfolgt, auf welche am 29. d. Mts. im Belvedere von der autoritärsten Seite in Polen die Antwort erteilt worden ist. Es liegt am nächsten und mag auch der Wahrheit entsprechen, daß auf eine von Beunruhigung diktierte Frage eine beruhigende, jedenfalls die Beruhigung bezweckende Antwort erfolgt ist. Aber es wäre auch nicht phantastisch, anzunehmen, daß jeder der beiden Vertreter außer der erwarteten Antwort auch unerwartete Fragen zur Weiterbeförderung an ihre Regierungen erhielt.

In den polnischen politischen Kreisen wird die durch das Berliner Abkommen für Polen geschaffene neue Situation mit sichtbarer Leidenschaftlichkeit erörtert, wobei die Kontra-Stimmen gegen eine überwältigende Mehrheit der Pro-Stimmen zu kämpfen haben. In den grundsätzlich frankophilen Kreisen sind auffallende Zeichen des Mißmutes und der Depression zu bemerken. Vielleicht ist von diesen Kreisen die mißtrauische Mutmaßung ausgegangen, **daß sich die außenpolitische Zusammenarbeit Polens mit Deutschland vor allem in der Haltung Polens gegenüber dem österreichischen Problem äußern werde,** einer Haltung, die in der seinerzeit von der „Gazeta Polska" angedeuteten Richtlinie liegen und im Endresultate mit den bisher als unpopulär verschrieenen Gedankengängen der Wilnaer konservativen Politiker: Studnicki, Mackiewicz und Fürst Enstachy Sapieha übereinstimmen würde.

*

Beschlagnahmt.

Am Mittwoch nachmittag erhielten wir von dem Bromberger Burgstarosten die Mitteilung, daß die Nr. 25 der „Deutschen Rundschau" vom 1. Februar beschlagnahmt worden ist. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines kurzen, in Nr. 27 des „Kurjer Warszawski" erschienenen Gerichtsberichts, der in Warschau der Beschlagnahme nicht verfiel. Das Schreiben des Burgstarosten stützt sich auch diesmal wiederum auf den § 23 des Pressegesetzes.

Der Zehnjahrespakt wird bald ratifiziert.

In Warschauer politischen Kreisen wird angenommen, daß die zur Ratifizierung des kürzlich zwischen Deutschland und Polen unterzeichneten Zehnjahres-Abkommens notwendigen Formalitäten bald erledigt werden würden. Nach der Ratifizierung des Paktes wird der Austausch der entsprechenden Dokumente in Warschau durch Vermittlung des deutschen Gesandten, Herrn von Moltke erfolgen.

*

Ein Frühstück beim polnischen Gesandten in Berlin.

Berlin, 1. Februar. (PAT) Der polnische Gesandte in Berlin, Minister Lipski, gab Mittwoch aus Anlaß der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar d. J. für die Vertreter der Reichsregierung ein Frühstück, an dem teilgenommen haben: Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Reichsminister Göring, Reichsernährungsminister Darré, der Staatssekretär im Kanzleramt Lammers, sowie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow. Außerdem waren anwesend: General von Reichenau, die Departementsdirektoren im Auswärtigen Amt, sowie die höheren Beamten aus anderen Ministerien.

Während des Frühstücks hielt Minister Lipski eine Ansprache, die in ein Hoch auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und auf Reichskanzler Adolf Hitler ausklang. Es sprach hierauf Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, der ein Hoch auf den Präsidenten der Republik, Professor Moscicki, sowie auf Marschall Pilsudski ausbrachte.

Deutsch-polnisches Flugabkommen in Kraft.

Am Mittwoch wurden in Warschau die Ratifikations-Dokumente über das zwischen Deutschland und Polen am 28. August 1929 abgeschlossene Abkommen über den Flugverkehr ausgetauscht. Den Austausch vollzogen von polnischer Seite Außenminister Józef Beck, von deutscher Seite der deutsche Gesandte Hans von Moltke. —

Wer gibt uns einen Paß, damit wir mitfliegen können?

*

Minister Beck spricht am Montag.

Warschau, 1. Februar. (PAT) Der Vorsitzende der Außenkommission des Senats, Fürst Zdzisław Lubomirski hat für Montag, 5. Februar, eine Kommissions-Sitzung anberaumt, auf deren Tagesordnung das Exposé des Außenministers steht.

Der Prinz von Pleß muß ins Gefängnis.

Bekanntlich wurde der Prinz von Pleß vor einiger Zeit wegen Nichtanmeldung von beschäftigten Ausländern zu einer nicht umwandelbaren 3wöchigen Haftstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Prinz Berufung ein, doch wurde das Urteil in der ersten Instanz in vollem Umfange bestätigt. Auch mit diesem Urteil gab sich der Prinz von Pleß nicht zufrieden und beantragte Kassation beim Höchsten Gericht in Warschau. Am Sonnabend wurde, wie die „Kattowitzer Zeitung" meldet, die Angelegenheit in Warschau behandelt, und auch die höchste Instanz schloß sich der Auffassung der vorherigen Instanzen an und bestätigte das Urteil. Das Urteil hat somit Rechtskraft erlangt und Prinz von Pleß wird, nachdem die Akten aus Warschau dem Nikolaier Burggericht wieder zugestellt sein werden, in Nikolai seine Strafe antreten müssen.

Die Graudenzer Bluttaten.

Abschluß der Untersuchung.

Graudenz, 1. Februar. (Eigene Meldung.) Die gerichtliche Untersuchung der blutigen Vorwahlereignisse in Graudenz, denen unsere Volksgenossen, der Schmiedemeister Krumm und der Kaufmann Niebold, zum Opfer gefallen sind, ist jetzt beendet. Die umfangreiche Anklageschrift wurde von der Staatsanwaltschaft dem Bezirksgericht zugestellt. Ein Termin für die Hauptverhandlung ist noch nicht angesetzt worden.

Der Bromberger Flaggenzwischenfall vor Gericht

Im Oktober vorigen Jahres wurde ein deutscher Schiffstransport, der sich auf dem Wege von Königsberg nach der Oder befand, in Bromberg von einer Menschenmenge, die vorwiegend aus halbwüchsigen Burschen bestand, vom Ufer aus mit Steinen beworfen. Der Schleppzug war vorher gezwungen worden, die deutsche Nationalflagge abzunehmen, da die Menge eine drohende Haltung eingenommen und dies verlangt hatte. Als der Schleppzug sich aber wieder in Bewegung setzte, war die Flagge von neuem gehißt worden, und daraufhin setzte ein Steinbombardement ein.

Die „Deutsche Rundschau" brachte damals über diesen Vorfall einen Bericht und nahm bei dieser Gelegenheit auch Stellung gegen den „Dzień Bydgoski", der diesen Vorfall in einem Kommentar verherrlicht und geschrieben hatte, man müsse hier auf das geringste Anzeichen eines bösen Willens unseres Nachbarn jenseits der Oder reagieren. Wir antworteten dem Blatt auf den hierbei eingenommenen Standpunkt, daß dieser Vorfall nicht die deutsche Flagge, sondern den polnischen Namen geschändet habe. Der Absatz des Berichts, der die Polemik mit dem „Dzień Bydgoski" enthielt, verfiel damals der Beschlagnahme, und die weitere Folge davon war eine Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Rundschau" Johannes Kruse aus Art. 152 St.-G.-B. (Verhöhnung des polnischen Volkes oder Staates).

In der Verhandlung, die am Mittwoch vor dem **Bromberger Bezirksgericht stattfand, rechtfertigte sich der**

Angeklagte damit, daß der inkriminierte Absatz lediglich eine Kritik an der Stellungnahme des „Dzień Bydgoski" zu diesem bedauerlichen Vorfall darstellte. Die „Deutsche Rundschau" sei zu dieser Kritik geradezu herausgefordert worden, da der „Dzień Bydgoski" entgegen den Bestimmungen der auch von Polen unterzeichneten internationalen Konvention über den Schutz der Staatsflaggen in fremden Staaten nicht allein die Verletzung dieser Konvention in dem vorliegenden Falle verherrlicht, sondern sogar zu einer weiteren Manifestation aufgerufen habe, falls sich deutsche Schiffe noch einmal mit ihren Nationalflaggen hierher wagen sollten. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, durch diese Kritik das polnische Volk oder gar den Staat verhöhnt zu haben, er sei im Gegenteil hier für das Ansehen der polnischen Nation eingetreten.

Der Staatsanwalt hielt dennoch seine Anklage aufrecht und vertrat den Standpunkt, daß diese Polemik lediglich eine Spitze gegen das polnische Volk sein sollte. **In keinem Falle könne angenommen werden, daß der Name eines Volkes geschändet würde, wenn patriotische Bürger einer gesunden Reaktion Ausdruck verleihen.** Die Höhe des Strafmaßes überließ der Vertreter der Anklage dem Gericht.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Spitzer, machte sich den Standpunkt des Angeklagten zu eigen und betonte, daß auch der „Dziennik Bydgoski" an diesem Treiben unverantwortlicher Elemente Kritik geübt hat, wobei er die Frage stellte, was wohl geschehen wäre, wenn die Flaggen eines polnischen Schiffes auf deutschen Gewässern eine solche Behandlung erfahren hätten. In seinem Schlußwort wandte sich der Angeklagte gegen die Ausführungen des Staatsanwalts und wies darauf hin, **daß diese „gesunde Reaktion patriotischer Menschen"**, von der der Anklgevertreter sprach, **nichts mehr und nichts weniger als eine Verletzung des internationalen Abkommens sei,** die doch hier unmöglich, am allerwenigsten von einem Staatsanwalt, verteidigt werden könne.

Das Urteil wird am Donnerstag mittag gefällt werden.

Ueberfall auf das „Słowo Pomorskie".

Wie der „Kurjer Poznański" aus Thorn meldet, wurde dort am Mittwoch abend gegen 6 Uhr ein Überfall auf das Gebäude des nationaldemokratischen „Słowo Pomorskie" verübt. Unbekannte Täter schlugen zunächst die Schaufenster ein und drangen sodann in die Bureauräume der Expedition, der Druckerei und der Verwaltung. Die Bureaueinrichtung wurde demoliert, die an den Wänden hängenden Uhren wurden heruntergerissen; auch die Kontrollkasse wurde zerstört. Spinde und Regale wurden aufgebrochen, die Akten, Papiere, Drucksachen und Geschäftsbücher auf den Boden geworfen. Die Telephonleitungen wurden durchschnitten. Nach diesem Zerstörungswerk statteten die Täter der Druckerei einen Besuch ab, demolierten die Rotationsmaschine und einige andere Maschinen und zerstörten den stehenden Satz. Der ganze Überfall soll etwa zehn Minuten lang gedauert haben. Nach dem „Kurjer Poznański" sollen sich 150 Menschen daran beteiligt haben.

Der Neubau des Reiches.

Länderregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Wie wir bereits gestern in dem Bericht vom Reichstage kurz meldeten, wurde nach der Rede des Reichskanzlers ein Gesetzentwurf über den Neuaufbau des Reiches eingebracht, der dann in erster, zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Der Gesetzentwurf hat folgenden Wortlaut:

„Die Volksabstimmung und die Reichstagswahl vom 12. November 1933 haben bewiesen, daß das deutsche Volk über alle innerpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist.

Der Reichstag hat daher einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das mit einmütiger Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1.

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.

Artikel 2.

Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.

Artikel 3.

Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Inneren.

Artikel 4.

Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Artikel 5.

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

Artikel 6.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft."

•

Göring fordert Auflösung aller monarchistischen Verbände.

Der Preußische Ministerpräsident Hermann Göring hat in seiner Eigenschaft als Chef der Geheimen Staatspolizei folgendes Schreiben an den Reichsinnenminister Dr. Frick gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen einer unangebrachten monarchistischen Propaganda. Entgegen den Reichs- und Landesbestimmungen werden monarchistische Verbände und Organisationen gegründet mit der ausdrücklichen Maßgabe, Anhänger zu werben, insonderheit innerhalb der deutschen Jugend. Es hat sich weiter herausgestellt, daß diese Verbände gegen die nationalsozialistische Bewegung und somit gegen den heutigen Staat eingestellt sind. Vor allem aber beginnen sich in diesen Verbänden wiederum Staatsfeinde zu tarnen und zu sammeln.

Ich stelle daher den Antrag, sämtliche monarchistischen Verbände und Organisationen mit sofortiger Wirkung aufzulösen und vor weiteren derartigen Bestrebungen und Umtrieben zu warnen. Der neue Staat ist nicht geschaffen worden in heftigem Kampf gegen links, damit jetzt wieder neue Nutznießer ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen. Jeder, der am Reich und Staat Adolf Hitlers rührt, muß unerbittlich bekämpft werden, und wie ich in Preußen den Kommunismus niedergeschlagen habe, will ich mit gleicher Rücksichtslosigkeit und gleicher Härte auch mit anderen, mit der nationalsozialistischen Staatsführung unzufriedenen Elementen aufräumen, auch wenn sie sich monarchistisch verbrämt haben. Der neue Staat kennt keinen Streit der Staatsform. Monarchie und Republik liegen uns beide fern. Beide haben versagt: die eine hat die Aufrichtung des neuen Staates zu verhindern getrachtet, die andere hat nichts zu seiner Förderung getan. **Die Achtung vor den Verdiensten großer preußischer Könige bleibt dadurch unberührt.**

•

Staatsrat von Morozowicz †.

In der Nacht zum Sonntag verunglückte der Kraftwagen des Staatsrats von Morozowicz-Wuhden bei Frankfurt a. O.. Alle drei Insassen wurden mit schweren Verletzungen in das Städtische Krankenhaus Frankfurt a. O. eingeliefert. **Staatsrat von Morozowicz ist am Mittwoch früh seinen Verletzungen erlegen.** Der Zustand seiner Ehefrau sowie des gleichfalls schwer verletzten Chauffeurs ist weiter ernst.

Elhard v. Morozowicz, am 14. April 1893 in Berlin geboren, trat als Fahnenjunker in das 3. Ulanenregiment Fürstenwalde ein und wurde 1913 zum Leutnant befördert. Nach dem Kriege schied er mit dem Charakter als Rittmeister aus. Er schloß sich dann der Stahlhelmbewegung an und wurde Landesführer der Provinz Brandenburg. Im April 1932 wurde er Landtagsabgeordneter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Wahlkreis Frankfurt an der Oder, legte aber bereits im August 1932 sein Mandat nieder. Morozowicz, der im Kampf gegen das System Braun-Severing vor allem durch die sogenannte „Botschaft von Fürstenwalde" bekanntgeworden war, hat sich an der Herstellung eines engeren Verhältnisses zwischen SA und Stahlhelm hervorragend beteiligt. Im August 1933 wurde er in den Preußischen Staatsrat berufen und zum Gruppenführer beim Stabe der Obersten SA-Führung ernannt.

Das englische Weißbuch zur Abrüstungsfrage.

London, 1. Februar. (PAT.)

Das Britische Auswärtige Amt (Foreign Office) hat am Mittwoch abend der Presse zur Veröffentlichung in den Donnerstag-Ausgaben das „Weißbuch" zur Verfügung gestellt, das die **britische Denkschrift in der Abrüstungsfrage** enthält. Das Memorandum, das rund 5000 Worte zählt, hat etwa folgenden Inhalt:

Der erste Teil des Dokuments zählt die Gründe auf, welche die Britische Regierung veranlaßt haben, dieses Dokument in seiner gegenwärtigen Form zu veröffentlichen. Die Britische Regierung geht von der Voraussetzung aus, daß der in der letzten Zeit gepflogene Austausch von diplomatischen Korrespondenzen, trotzdem er nützlich war, soweit es sich um die Klärung der Grundsätze handelt, keine dauernde Grundlage für eine Verständigung geschaffen hat. Die erneute Aufnahme der Verhandlungen in Genf ohne neue Direktiven und Suggestionen würde nur zu weiteren Enttäuschungen führen. Die seit März vorigen Jahres geführte Diskussion hat bewiesen, daß der britische Konventionsentwurf gewisser Änderungen bedarf, sofern er zu einer Verständigung führen soll, die das Ziel der Britischen Regierung ist. Eine Lösung, auf Grund deren ein Verzicht auf den Waffentyp durch die ganze Welt erfolgen würde, der in den Friedenstraktaten gewissen Mächten nicht zuerkannt wird, scheint im gegenwärtigen Augenblick unerreichbar zu sein.

Die Britische Regierung kommt zu dem Schluß, daß **die den einen Staaten gestatteten Waffentypen den anderen nicht dauernd verweigert werden können.** Es gebe nur eine Alternative: die Verständigung oder ein Wettrüsten, dessen Ende nicht abzusehen ist. Europa hat also die Wahl zwischen zwei Wegen:

1. Zu einer Verständigung zu gelangen und eine Konvention abzuschließen, deren Folge der **Verzicht auf gewisse Waffentypen** durch die am **meisten gerüsteten Mächte** sein wird;
2. eine Verständigung auf der Grundlage zustande zu bringen, daß die **meist gerüsteten** Mächte, die nicht abrüsten wollen oder können, sich in jedem Falle verpflichten, ihren **gegenwärtigen Rüstungsstand nicht zu vermehren.**

Die Britische Regierung besteht mit allem Nachdruck auf einer Lösung im Sinne des ersten Vorschlages. Das britische Dokument geht dann auf die Einzelheiten der Verständigung über, die nach seiner Ansicht erreichbar ist. Diese Einzelheiten sind in drei Hauptteile gefaßt: Sicherheit, Gleichberechtigung und Abrüstung.

Auf dem Gebiet der **Abrüstung** hält die Britische Regierung die gegenwärtige in den ersten vier Artikeln des britischen Konventions-Entwurfs enthaltene **Sicherheits-Garantie** für sehr wichtig, schlägt aber vor, noch drei weitere Artikel anzufügen, deren einer der gegenwärtige Art. 89 des Konventions-Entwurfs wäre, in dem es heißt, daß die loyale Ausführung der Konvention für alle Signatarmächte verbindlich sei. Der nächste Artikel wäre die unverzügliche Beschlußfassung für den Fall, daß die ständige Abrüstungskommission von einer Verletzung der loyalen Ausführung der Konvention durch einen der Partner Mitteilung macht. Das Wesen einer solchen Beschlußfassung würde in dem Meinungsaustausch über die Schritte bestehen, die unternommen werden sollen, um den normalen Stand wieder herzustellen.

Was die **Gleichberechtigung** anbelangt, so heißt es in der britischen Denkschrift, daß die praktische Anwendung der Grundsätze der Gleichberechtigung nicht minder wichtig sei wie der Grundsatz der Sicherheit. Die Britische Regierung ist Anhängerin einer ausdrücklichen Feststellung der Grundsätze der Gleichberechtigung in den praktischen Vorschlägen und ist daher der Meinung,

daß man auf irgendwelche Probezeit verzichten müßte,

auf Grund deren einige Signatare der Konvention benachteiligt werden würden. Nach den Vorschlägen des britischen Dokuments würden die Bestimmungen der Konvention **sofort verpflichten.**

In der Frage der Abrüstung verweist das britische Dokument auf den **freiwilligen Verzicht des deutschen Reichskanzlers auf die Offensivwaffe,** trotzdem die am meisten gerüsteten Mächte auf ihre jetzt bestehenden Rüstungen nicht verzichten wollen. Unter diesen Umständen könnte man, wenn die am meisten gerüsteten Mächte positiv zur Abrüstung beitragen wollten, allgemein die Rüstungsskala herabsetzen und dadurch die Forderungen, die Deutschland zu erheben beabsichtigt, verringern. Infolgedessen macht die Britische Regierung folgenden Vorschlag zu der Konvention, die **zehn Jahre** verpflichten soll:

1. Was die Effektivstärke anbelangt, so hatte der Konventionsentwurf **200 000 Soldaten** mit einer Dienstzeit von acht Monaten als durchschnittliche Wehrkraft für **Frankreich, Deutschland, Italien und Polen** in Vorschlag gebracht. **Deutschland,** so heißt es in dem Dokument, **fordert 300 000 Mann** mit einer Dienstzeit von 12 Monaten. Die Britische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die grundsätzliche Parität geringer als diese Zahl ist und nimmt an, daß es für die oben erwähnten Staaten nicht schwer wäre, sich über eine Zahl **zwischen 200 000 und 300 000** zu verständigen. Auch in bezug auf die Dienstdauer könnte eine Verständigung auf Grund des Ausgleichs der Forderungen in dieser Beziehung erreicht werden. Der Prozeß der Standardisierung der Wehrkräfte auf Grund der Zahl, über die man sich verständigt, müßte im Laufe von vier Jahren beendet sein. **Militärische Übungen** von Männern in militärpflichtigem Alter müßten — mit Ausnahme der Armee — **verboten** sein, und dieses Verbot ist durch eine **ständige und automatische Kontrolle** von Zeit zu Zeit festzustellen.

2. In der Frage der Rüstung der Landarmee weist das britische Dokument auf die Tatsache hin, daß im Sinne des Konventions-Entwurfs die bis jetzt gegenüber Deutschland in bezug auf den Besitz von **Flugabwehr-Geschützen** angewandte Einschränkung kassiert werden müßte. Das Höchstkaliber für **Geschütze,** das bei Verteidigungsbefestigungen gebraucht wird, sollte auf dem Wege einer internationalen Verständigung festgesetzt, und Tanks von mehr als 30 Tonnen würden nach Ablauf des ersten Jahres vernichtet werden. **Tanks von mehr als** 20 Tonnen würden am Ende des dritten Jahres und die von mehr als 16 Tonnen nach Ablauf des fünften Jahres der Vernichtung unterliegen. Weitere internationale Eingriffe müßten, wie es Art. 21 des Konventions-Entwurfs vorsieht, schon mit dem Ablauf des dritten Jahres beendet sein.

Die Britische Regierung, so heißt es weiter in der Denkschrift, ist ihrerseits bereit, sich damit einverstanden zu erklären,

daß die neue deutsche Armee in eine Armee von kurzer Dienstzeit umgestaltet und mit Tanks von höchstens sechs Tonnen ausgerüstet wird,

die, wie Deutschland behauptet, für Verteidigungszwecke notwendig sind. Was die **Feldgeschütze** anbelangt, so ist die Britische Regierung **auch** weiterhin für die Einhaltung der Maimalgrenze von 115 Millimeter, wie dies im Art. 19 des Konventionsentwurfs vorgesehen ist, sie ist aber bereit, sich damit einverstanden zu erklären,

daß die neue deutsche Armee Kanonen mit einem Höchstkaliber von 155 Millimeter besitzt,

was nach deutscher Auffassung für seine Rüstung zu Verteidigungszwecken notwendig ist. Geschütze von mehr als 350 Millimeter müßten mit Ablauf des ersten Jahre, von über 220 Millimeter mit dem Ablauf des zweiten Jahres, Kanonen von mehr als 150 Millimeter am Ende des siebenten Jahres vernichtet werden. Die Englische Regierung ist auch bereit, **ähnliche Zugeständnisse, die Deutschland gemacht werden sollen, auch Österreich, Ungarn und Bulgarien zuzuerkennen.**

Was die **Luftrüstung** anbelangt, so sollen, sofern die ständige Abrüstungskonferenz am Ende des zweiten Jahres nicht eine vollkommene Aufhebung der militärischen Flugkräfte beschließt,

sämtliche Länder ermächtigt sein, Militärflugzeuge für Verteidigungszwecke zu besitzen.

Die einzelnen Länder hätten je nach dem Stande ihres Flugwesens ihren Besitzstand **im Laufe von acht Jahren** allmählich entweder zu vergröeßrn oder zu reduzieren, um schließlich die in der Tabelle, die dem Artikel 4 des Konventionsentwurfs beigefügt ist, erwähnte Zahl zu erreichen. Im Laufe dieser Zeit würde Deutschand die Parität mit den Hauptmächten erlangen.

Die Britische Regierung teilt bezüglich der **Seerüstung** den Standpunkt der in dem Konventionsentwurf gemachten Vorschläge, ist aber zu einer weiteren Verständigung bereit, sofern sie in Anbetracht des nahen Termins des Zusammentritts der Seekonferenz im Jahre 1935 als notwendig erachtet wird.

Sofern eine Verständigung in allen anderen Punkten erreicht wird, ist die Britische Regierung bereit, sich mit der

Anwendung einer ständigen automatischen Kontrolle

einverstanden zu erklären, die zusammen mit den Bestimmungen der Konvention verpflichten würde.

Im Schlußabsatz der Denkschrift betont die Britische Regierung, daß sie ihren Vorschlägen eine solche Form gegeben hat, um die grundsätzlichen Wünsche aller Partner zu berücksichtigen und eine allgemeine Verständigung zu erleichtern. Die Britische Regierung betont noch einmal, **daß die den einen Staaten zugestandenen Waffentypen den anderen nicht dauernd verweigert werden könnten und daß die Rückkehr Deutschlands nach Genf und zum Völkerbunde eine grundsätzliche Bedingung der Verständigung sein müßte.**

Daladier kommt nach Berlin?

Meldungen der Wiener Presse aus Paris zufolge hat der neue französische Ministerpräsident Daladier die Absicht, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen. Zu diesem Zwecke will er sich in der nächsten Zeit nach Berlin begeben, um persönlich mit dem Reichskanzler zusammenzukommen, und mit ihm außer der Abrüstungsfrage alle anderen zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen zu besprechen.

Tragisches Ende

des russischen Stratosphärenfluges.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der letzte russische Stratosphärenflug ein tragisches Ende gefunden. Sämtliche drei Insassen des Stratosphären-Ballons sind ums Leben gekommen. Wie Ossoviachim mitteilt, hat sich die Gondel von dem Ballon gelöst und ist abgestürzt, wobei die Insassen getötet wurden.

*

Augenzeugen der Katastrophe berichten, daß beim Aufschlagen der Gondel auf die Erde zwei große Explosionen erfolgten. Der Tod der drei Insassen muß augenblicklich eingetreten sein. Die eine der Leichen ist derartig entstellt, daß eine Rekognoszierung derselben völlig unmöglich ist. Alle Meßinstrumente und Apparate wurden vernichtet.

Die Nachricht von dem Unglück ist in der Sitzung des Parteikongresses verlesen worden. Der Kongreß ehrte das Andenken der Piloten durch Erheben von den Plätzen und beschloß, die Leichen im Kreml beizusetzen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 1. Februar.

Wolkig bis heiter!

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet leichten Frost bei wolkigem bis heiterem Himmel.

Verantwortung.

Das Gleichnis vom ungerechten Haushalter ist für die Ausleger der heiligen Schrift immer eine besonders schwierige Aufgabe gewesen. (Luk. 16, 1—9.) Wie kann Jesus einen solchen Betrüger seinen Jüngern zum Vorbild hinstellen? Er scheint doch gar nichts dawider zu haben, daß der Herr diesen Mann lobt. Es wäre wohl, wenn man sich die Entstehung der Gleichnisse Jesu vergegenwärtigt, denkbar, daß seine Jünger ihm dieses Vorkommnis mit einer gewissen Entrüstung erzählt haben. Und gerade bei ihrer moralischen Entrüstung setzt er ein: Ist nicht auch solches Geschehen eine Predigt Gottes? Nicht, wie der Mann für seine Zukunft gesorgt, wohl aber, daß er daran gedacht hat, ist das nicht auch eine Gottesweisung? Ach wie viele Menschen leben so gedankenlos in den Tag hinein und fragen nicht nach dem: und dann? Und doch gehen wir alle der Stunde entgegen, da uns Gott zur Abrechnung ruft. Und was dann? Will uns der Herr nicht an die ungeheure Verantwortung erinnern, die wir für unser Leben und Tun haben? Verantwortung vor einem ewigen Richterstuhl! Es wird in der theologischen Wissenschaft gerungen um die Begründung der Sittlichkeit. Muß nicht immer wieder dies das letzte sein, daß wir uns dessen bewußt werden, wie wir Menschen der Verantwortung sind? Ohne dies Bewußtsein gibt es kein sittliches Handeln. Das ernste Mahnwort: Tue Rechnung von deinem Haushalten! klingt immer wieder uns ins Ohr und Gewissen, so oft Gott zu uns spricht. Das alte vielleicht so triviale Wort: „Was du auch tust, das tu mit Verstand und bedenke das Ende!" oder das alte Lied: „Bedenke Mensch das Ende, bedenke deinen Tod", sie haben eine ernste Wahrheit für uns so leicht nur auf das Nächste schauende Menschen. Werden wir mit unserem Haushalten über Gottes Gaben und Gnaden vor Ihm bestehen können? Werden die ewigen Hütten auch für uns einen Platz haben, da wir ewig bleiben können? Wir wollen uns nicht den Kopf zerbrechen über die seltsame Form, in die in unserem Gleichnis dieser Gedanke der ewigen Verantwortung gekleidet ist. Wir lassen uns zu ihr rufen.

D Blau-Posen.

§ **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst** bis zum 3. d. M. früh Zentral-Apotheke, Danzigerstraße 27, Löwen-Apotheke, Chausseestraße (Grunwaldzka) 37. Vom 3. bis zum 5. d. M. früh Piasten-Apotheke, Elisabethmarkt, (Plac Piastowski) und Goldene Adler-Apotheke, Friedrichsplatz (Stary Rynek) 1.

§ **Und die Arbeitslosigkeit steigt weiter.** Auf Grund der amtlichen Statistik über die Arbeitslosigkeit in Polen wird mitgeteilt, daß am 27. Januar d. J. die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen 399 530 beträggt, was einen Anstieg gegenüber der Vorwoche um 12 705 bedeutet.

§ **Zum Eintopf-Sonntag am 4. Februar.** Kurz vor dem Abschluß der Faschingszeit mahnt uns der Sonntag des Eintopfgerichtes mit großer Dringlichkeit wieder an unsere Winterhilfspflichten. Frohsinn und Vergnügen haben auch in diesem schweren Winter trotz Krise und Not ihr Recht behauptet und sollen gewiß nicht eingeschränkt werden. Aber die Leute von der Winterhilfe sind auch keine Mucker und Miesmacher. Sie wollen nur, daß die eigenen Ansprüche auf Fröhlichkeit erst dann mit gutem Gewissen durchgeführt werden können, wenn die Pflichten den Nächsten gegenüber in rechter Weise erfüllt worden sind. Darum darf auch mitten im Fasching Winterhilfe und Eintopfgericht nicht vergessen werden. Der Sonntag meldet sich wieder. Denkt alle daran, vor allem ihr lieben Hausfrauen, die ihr gerade diese Mahlzeit zu einer recht schönen und tiefinnerlichen Tischgemeinschaft und Familiengemeinschaft ausgestalten könnt. Außerdem aber gehört schon am Montag der ersparte Betrag der Winterhilfe, die noch immer nicht aufhören darf, sondern noch viele Mittel braucht, um ihre Aufgaben durchführen zu können.

§ **Quittungen aufbewahren!** In der letzten Zeit haben verschiedene Bromberger Bürger von der Steuerbehörde Zahlungsaufforderungen erhalten. Und zwar wird in zahlreichen Fällen die Zahlung der Wohnungssteuer für einzelne Quartale des Jahres 1932 gefordert. Die meisten Steuerzahler pflegen ihre Quittungen aufzuheben, jedoch sind nicht alle davon überzeugt, daß man diese Quittungen zwei Jahre hindurch zu verwahren hat. Die Tatsache der augenblicklichen Aussendung von Zahlungsbefehlen beweist, daß eine vorsorgliche Verwahrung aller Quittungen unbedingt nötig ist. Wie uns mitgeteilt wurde, haben nämlich etliche Steuerzahler infolge fehlender Quittung die Steuer nochmals nachzahlen müssen.

§ **Den linken Arm gebrochen** hatte sich während des Spielens auf dem Schulhofe der hier Danzigerstraße 148 wohnhafte achtjährige Schüler Heinrich Burchardt. Der Junge soll beim Spielen auf dem Schulhofe von einem Mitschüler einen kräftigen Stoß erhalten haben, so daß er hinstürzte und sich den linken Arm brach. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhause gebracht.

§ **Ein Brandstifterprozeß** fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatten sich der 24 jährige Müller Ewald Jeschke aus Zawada und der 33 jährige Landwirt Ernst Becker aus Kowalewo, Kr. Schubin. Beiden Angeklagten, die aus der Untersuchungshaft dem Gericht vorgeführt wurden, legt die Anklageschrift zur Last, daß sie nach gegenseitiger Verabredung am 15. Oktober v. J. die Windmühle in Zawada hiesigen Kreises in Brand gesetzt haben. Im August v. J. hatte der Angeklagte J. in Zawada eine Windmühle von dem Müller Jakob Piechowiak gepachtet, wobei ein monatlicher Pachtzins von 9 Zentner Getreide vereinbart wurde. Außerdem stellte J. eine Kaution in Höhe von 1000 Złoty. An dem kritischen Tage verabredete J. mit dem Mitangeklagten B., in der Mühle Feuer anzulegen, um sich auf diese Weise der sich nicht rentierenden Pacht zu entledigen. Einen Tag vor der Brandstiftung schickte J. den B. mit 35 Zentnern Getreide nach Nakel, mit dem Auftrag, dieses dort zu verkaufen und auf dem Rückwege 5 Liter Benzin einzukaufen. Diesen Auftrag führte B. auch aus. Vor Anlegung des Brandes schafften beide Angeklagten 24 Transmissionsriemen, einen Dynamo, zwei Akkumulatoren und 22 Zentner Getreide aus der Mühle. J. legte nun mit Hilfe des Benzins das Feuer an, verschloß darauf die Mühle und suchte seine Braut auf. B. selbst wurde auf dem Nachhausewege in Schubin durch Zufall von der Polizei angehalten, die den Inhalt des Wagens einer Revision unterzog. Da B. nicht angeben wollte, von wo er die auf dem Wagen befindlichen Sachen habe, wurde er festgenommen. Im Laufe der Vernehmung gestand er die Herkunft der Gegenstände, worauf auch J. verhaftet werden konnte. Vor Gericht bekennt sich J. zur Schuld und gibt an, daß ihn Becker zu der Brandstiftung überredet habe, was dieser jedoch bestreitet. Nach Schluß der Verhandlung erkannte das Gericht für beide Angeklagte auf eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren. ‡

> Solange du noch deine inneren Zustände
> von äußeren Lagen und Umständen ableitest
> und also auch von diesen Hilfe erwartest,
> bist du noch nicht auf dem rechten Punkt.
> Denn so lange wünschest du und willst nicht.
>
> Friedrich Schleiermacher.

§ **Wegen tätlichen Widerstandes** gegen die Amtsgewalt hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 48 jährige Landwirt Andrzej Ciękuszewski aus Bielsk, Kreis Mogilno, zu verantworten. Aus der Anklageschrift geht folgendes hervor: Am 11. Februar v. Js. bemerkte der Hilfsförster Kazimierz Tomczak von der staatlichen Oberförsterei in Miradz, daß im Walde eine Erle gefällt worden war. Die Spuren im Schnee, die der Beamte verfolgte, führten ihn auf das Gehöft des Angeklagten. In Begleitung des Dorfschulzen nahm T. nun eine Haussuchung bei dem Angeklagten vor. Auf dem Scheunenboden entdeckte er das inzwischen zerkleinerte Erlenholz. C. war dem Forstbeamten auf den Boden gefolgt, packte diesen an die Kehle und warf ihn zu Boden. Zwischen beiden Männern entstand nun ein erbitterter Ringkampf, wobei es dem T. schließlich gelang, sich von seinem Gegner freizumachen. Während T. sein Jagdgewehr ergriff, bemächtigte sich der Angeklagte einer Eisenstange und drang abermals mit den Worten auf den Beamten ein: „Lebend kommst du hier nicht herunter." Um sich den rabiaten Menschen vom Leibe zu halten, war der Beamte gezwungen, in der Notwehr auf diesen einen Schuß abzugeben, wobei er ihn leicht am linken Fuß verletzte. Auf die Hilferufe des T. war der Dorfschulze gleichfalls auf dem Boden erschienen, so daß es beiden Männern mit vereinten Kräften gelang, den C. schließlich unschädlich zu machen. Trotz der erdrückenden Beweise und der belastenden Zeugenaussagen versucht der Angeklagte vor Gericht das ihm zur Last gelegte Vergehen zu bestreiten. Das Gericht verurteilte C., dessen Schuld die Verhandlung voll erwiesen hatte, zu 1½ Jahren Gefängnis. — Ebenfalls wegen Widerstandes gegen die Amtsgewalt hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts eine Mutter und deren Sohn zu verantworten. Am 8. Juli v. Js. sollte bei der Landwirtsfrau Johanna Rzepczyńska in Nakel eine Exekution stattfinden, die der Gerichtsvollzieher Stanisław Najdoch durchführen sollte. Dem Beamten verwehrte sie, mit Hilfe ihres Sohnes, des 26-jährigen Ambrosius, den Eingang in ihre Wohnung, wobei der Sohn dem N. gegenüber handgreiflich wurde. Vor Gericht bekennen sich die Angeklagten zur Schuld und wurden Johanna Rz. zu zwei Monaten Arrest und ihr Sohn zu sechs Monaten Arrest mit zweijährigem Strafaufschub verurteilt. ♂

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

„**Was haben wir an Jesus**", Thema der Glaubenskonferenz im Gemeinschaftshause Marcinkowskiego (Fischerstraße) 3. Freitag und Sonnabend 10 Uhr v., 4 Uhr n. Sonntag 4 Uhr Festversammlung. Jeden Abend 8 Uhr Evangelisation. Jedermann willkommen! Redner: Pastor Möller, Wettmar u. a. (1552

Der **Deutsche Abend** am 7. 2. wird ein **heiterer Abend** sein. Das verraten schon die Tanzthemen der Danziger Tanzschule von Frl. Jahn: „Danziger Bowke", „Marktweiber", „Boxer-Parodie", „Gavotte" usw. Willi Damaschke spricht zwischenein aus deutscher Frohmut- und Schalkdichtung. **Niemand versäume diesen reizvollen Abend!** (1549

z **Inowrocław**, 31. Januar. Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe, Ortsgruppe Inowrocław, hielt am Dienstag abend um 8 Uhr im Café Rommel eine Sitzung ab, wobei Geschäftsführer Schramm einen Vortrag über die neu eingeführten Sozialversicherungen hielt und die Ausführungsbestimmungen erläuterte. Der Vortrag wurde von den Erschienenen mit regem Interesse verfolgt.

Beim Aufladen von Fichtenkloben auf einen Kastenwagen fiel dem 55jährigen Landwirt Franciszek Stanka aus Racicz eine Klobe auf das linke Bein, wodurch ihm dasselbe gebrochen wurde. — Durch einen Schuß am Bein schwer verletzt wurde während einer Treibjagd in Racice der 12jährige Jan Potoczny.

Unbekannte Diebe stahlen den beiden Arbeitern Josef Wesolowski und Wojciech Erdmann aus Mirosławice zwei Kühe im Werte von 450 Złoty.

S **Samotschin** (Szamocin), 1. Februar. Die hiesige Ortsgruppe der Westpolnischen Landwirtschafts-Gesellschaft feierte am vergangenen Freitag im Raatzschen Saale ihr Winterfest. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Draheim gelangten zwei Einakter zur Aufführung, betitelt „Der sechste Sinn" und „Wenn Tante Gustchen kommt". Die Spieler entledigten sich ihrer Aufgabe zur Zufriedenheit des Publikums und ernteten wohlverdienten Beifall. Nach Vortrag eines Kouplets durch Geschwister Klatt wurde dem Tanz von alt und jung gehuldigt.

In der hiesigen Apotheke wurde ein im Hausflur liegender Läufer gestohlen und konnten die Diebe damit unbemerkt entkommen.

ss **Znin**, 29. Januar. Der 25jährige Arbeitslose Stanisław Mikołajczak aus Gąsawa ging mit seinem Vater und noch einigen arbeitslosen Männern in den Wald bei Komratowo, um Holz zu holen. Da M. mit dem Reisig, das er auf dem Waldesboden sammeln konnte, nicht zufrieden war, kletterte er auf eine hohe Kiefer, um dickere Äste abzubrechen. **Unter seiner Last brach ein Ast und M. stürzte mit dem Kopfe auf den Erdboden, wodurch er schwere Verletzungen erlitt, an denen er nach kurzer Zeit starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.**

Juristische Rundschau.

Die „Hawa" in Danzig als Schutzinstrument gegen Zollschädigungen des Kaufmanns.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Für Kaufleute, die Ware aus dem Auslande einführen, bedeutet eine Einrichtung, wie sie das Polnisch-Danziger Abkommen vom 24. Oktober 1921 geschaffen hatte, eine sehr nutzreiche Maßnahme. Es ist hier die Rede von der **Danziger Hauptanstalt für Warenuntersuchung (kurz „Hawa" genannt)**, deren Zweck es ist, die Kaufleute vor nachteiligen Folgen einer fehlerhaften Verzollung der Waren durch die Behörde zu schützen. Nach den Zollbestimmungen steht es der Behörde frei, wenn sie sich in der Verzollung einer Ware zum Schaden des Staatsfiskus geirrt hatte, Nachzahlung des Zusatzzolles vom einführenden Kaufmann zu verlangen. Die Zeitspanne, innerhalb deren sie dieses Verlangen stellen kann, umfaßt ein ganzes Jahr. Also noch ein Jahr nach der Zollabfertigung der Ware kann die Zollbehörde eine Nachzahlung vom Kaufmann verlangen. Welche Schädigung das für den Kaufmann bedeuten kann, erhellt, wenn man bedenkt, daß der Kaufmann innerhalb dieses Zeitraumes die Ware schon längst verkauft haben konnte und in die Preiskalkulation nur den Zoll eingerechnet hatte, den er bei der Abfertigung der Ware bezahlt hatte. Eine Nachzahlung des Zolls, besonders wenn es sich um einen bedeutsamen Betrag handelt, erschüttert seine ganze Gebarung hinsichtlich des eingeführten Artikels und kann unter Umständen eine Einbuße des Gewinnes des Kaufmannes mit sich bringen.

Diesem Umstande trug das Polnisch-Danziger Abkommen Rechnung durch die Einsetzung der vorgenannten Warenprüfungsanstalt (Hawa), der das Recht eingeräumt wurde, auf Wunsch des Kaufmannes eine Begutachtung der Ware inbezug auf den zu zahlenden Zoll zu erstatten. Ist die Verzollung, trotz des Gutachtens der Hawa eine unrichtige, so kann die Behörde eine Nachzahlung nur im Laufe von 3 Monaten nach der Zollabfertigung einfordern. In der Kürzung also der Zeitbegrenzung für eine etwaige Nachzahlungsforderung liegt der Vorteil der Nutzanwendung der Hawa vor der Zollabfertigung in Danzig.

Nun ergab sich in bezug auf das Rechtsverhältnis des Kaufmannes gegenüber einer Nachzahlungsforderung im Zusammenhange mit der Begutachtung durch die Hawa ein Frage, die zu schlichten das Oberste Verwaltungsgericht angerufen werden mußte.

Einem Kaufmann wurde eine Nachzahlung im Betrage von zirka 7000 Złoty wegen einer auf Grund des Gutachtens der Hawa unrichtig vorgenommenen Verzollung auferlegt. Die Nachzahlungsforderung erging eine längere Zeit nach der hierfür im Polnisch-Danziger Abkommen vorgesehenen 3monatigen Fristbegrenzung. Eine Weigerung des Kaufmannes, die Nachzahlungsforderung anzuerkennen, weil die 3monatige Frist verstrichen war, konnte sich bei der Behörde nicht durchsetzen, die behauptete, daß die Frist in diesem Falle nicht bindend sei, weil der Kaufmann die Begutachtung der Ware durch die Hawa nicht beantragt habe.

Auf Grund der Klage des Kaufmannes stellte das Oberste Verwaltungsgericht fest, daß zwar ein Antrag des Kaufmannes auf Begutachtung der Ware durch die Hawa in den Akten nicht enthalten sei. Aus der Zolldeklaration des Kaufmannes sei jedoch ersichtlich, daß er in derselben um eine Verzollung gemäß eines Gutachtens der Hawa ersucht habe. Das Gutachten der Hawa sei tatsächlich erfolgt und war bei der Zollabfertigung der Zolldeklaration beigelegen. Wer das Gutachten verlangt hatte und wie es zustande gekommen war, sei, wenn auch nicht erwiesen, jedoch bedeutungslos. Ob mittelbar oder unmittelbar, sei das Gutachten dennoch ergangen, nachdem der Kläger eine solche Wunschäußerung getan hatte. Es sei nicht, wie die Behörde falsch annimmt, erforderlich, daß der Kaufmann sich direkt mit seinem Antrage an die Hawa wendet. Der Bestimmung des Polnisch-Danziger Abkommens (§ 21 des Anhanges II) sei entsprochen, wenn ein Gutachten der Hawa bei der Zollabfertigung vorliegt, gleichviel, unter wessen Mitwirkung es erfolgt sei, sobald der Kaufmann sich mit einem solchen Gutachten einverstanden erklärt hatte. Eine Abänderung der Verzollung unter solchen Umständen nach Ablauf von 3 Monaten sei gesetzwidrig. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 18. Oktober 1933 Reg.-Nr. 11 245/31.)

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Februar 1934.

Krakau — 2,94, Zawichost + 1,32, Warschau + 1,12, Płock + 1,39 Thorn + 1,00, Fordon + 1,16, Culm + 1,20 Graudenz + 1,44, Kurzebrak + 1,50, Piecke + 0,85, Dirschau + 0,64, Einlage + 2,48, Schiewenhorst + 2,72.

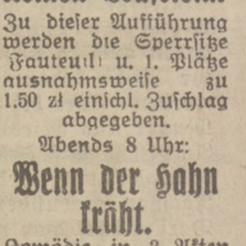
Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 26

Kirchenzettel.

Sonntag, den 4. Febr. 1934 (Sexagesimä).
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr Sup. Aßmann, 11½ Uhr Kindergottesdienst, nachmitt. 5 Uhr u. Dienst. abds. 8 Uhr Versammlung des Jungmädchenver. i. Gemeindehause, Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehause, Sup. Aßmann.
Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Moller* Der Kindergottesdst. fällt aus, Dienst. abds. 8 Uhr Blaukreuzstunde i. Konfirmandensaale.
Christuskirche. Vorm 10 Uhr Pfr. Wurmbach*. 11½ Uhr Kindergottesdst., **Mont.** abds. 8 Uhr Kirchenchor, **Dienst.** abds. 8 Uhr Jungmännerverein.
Luther-Kirche. Frankenstraße 44. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, 11½ Uhr Kindergottesdst. Donnerst. abds. 7 Uhr Bibelstunde.
Kl. Bartelsee. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst.* ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch abds. ½8 Uhr Chorsingen.
Schröttersdorf. Nachm. ½2 Uhr Kindergottesdst., Mittwoch nachm. 5 Uhr Frauenhilfe.
Schleusenau. Donnerst den 8. 2. abends 7 Uhr Wochenandacht.
Prinzenthal. Vormitt. 10 Uhr Gottesdst., Dienst. abds. 8 Uhr Jungmädchenstunde, Petersonplatz 5, II.
Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 25, vorm. 9½ Uhr Lesegottesdienst, Freitag 7 Uhr Bibelstunde.
Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8. Freitag und Sonnabend vorm. 10 Uhr u. nachm. 4 U. Glaubenskonf.-Andachten, abds. 8 Uhr Evangelisat., Past. Möller, Past. Mund u. a. Sonnt. vorm. 8¾ Uhr Morgenandacht, nachmitt. 4 Uhr Festversammlung, abds. 8 Uhr Evangelisat., Past. Möller, Mittwoch abds. 8 Uhr Bibelstunde, Pred. Gnauk.
Evangelische Gemeinschaft, Töpferstr. (Zduny) 10 Vorm. 10 Uhr Gottesdst., vorm. 11 U. Kindergottesd. nachmitt. 4 Uhr Predigt, Pred. Wecke, nachm. 5 Uhr Jugendstd., Montag abds. 8 Uhr Singstd., Donnerst abds. 8 Uhr Bibelstunde.
Cielle. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschließend Kindergottesdienst.
Grünkirch. Nachmittag ½3 Uhr Zusammenkunft der jungen Männer im Konfirmandenzimmer.
Ronek. Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdst., ½12 Uhr Kindergottesdienst.
Schulitz. Nachm. ½3 Uhr Gottesdienst, ½4 Frauenhilfe, Mittwoch 6 Uhr Bibelstunde.
Otteraue - Langenau. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst, dan. Kindergottesdienst.
Koielitz. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.
Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst und Kindergottesdienst.
Złotniki-Kuj. Nachmitt. 3 Uhr Gottesdienst.
Fordon. Nachm. 3 Uhr Gottesdst., Montag 7 Uhr Jungmännerstunde, Freit. 6 Uhr Jungmädchenstunde.



Pommerellen.

1. Februar.

Graudenz (Grudziądz)

Antistaatliches Verhalten

wurde in einer Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht dem früheren Kreisarzt in Schwetz, Dr. Ignacy Kwarta, Hauptmann der Reserve, zurzeit emeritiert, und in Warschau wohnhaft, zum Vorwurf gemacht. Der Anklageakt besagt u. a., daß er im Jahre 1932 zweimal, im Frühjahr und im Herbst, im Borkowskischen Restaurant in Schwetz in Gegenwart einiger Personen Bemerkungen kommunistischen Inhalts gemacht, das Sowjetregime gelobt, antistaatliche Ausrufe getan und sich sehr abfällig über die Regierung geäußert habe.

Zur Verhandlung, die vom Bezirksrichter Dr. Zdanowicz geleitet wurde und in der Rechtsanwalt Dr. Pehr den Angeklagten verteidigte, waren elf Zeugen, sowie zwei ärztliche Sachverständige geladen Bei seinem Verhör erklärte der Angeklagte, daß er seiner politischen Überzeugung nach Sozialist sei, und daß er glaube, der jetzige Organismus müsse infolge der Krisis und der wirtschaftlichen Lage einen Wechsel erfahren. Des weiteren bewegte sich Dr. K. zu seiner Verteidigung in längeren soziologisch-philosophischen Darlegungen. Er gab zu, daß er in Gesellschaft anderer Unterhaltungen über die staatlichen Verhältnisse geführt habe, stellte jedoch in Abrede, daß er die Regierung herabgesetzt, die Zustände in Sowjetrußland gelobt oder Ausrufe zu deren Gunsten getan hätte.

Als erster Zeuge sagte der Starost Krawczyk-Schwetz aus, der bestätigte, daß der Angeklagte radikale Ansichten vertrete und die gegenwärtige politische Gestaltung kritisiert habe. Rechtsanwalt Jabłonka aus Schwetz, früher dort Richter, bekundete, der Angeklagte habe zwar die Verhältnisse in Polen und die Regierung scharf bemängelt, so daß manche Wendungen unter dem Einflusse des Alkohols als riskant bezeichnet werden müßten, indes erinnert sich dieser Zeuge nicht, daß Dr. K. beschimpfende Ausdrücke gebraucht habe. Ein weiterer Zeuge, der emeritierte Gerichtsvollzieher Chojnacki aus Neuenburg, der ebenfalls einer Unterhaltung zugehört hat, sagt aus, er habe so drastische Bemerkungen des Angeklagten wahrgenommen, daß sie sogar von ihm notiert worden seien. Die Verhandlung zog sich bis zum späten Abend hin. Das Gericht verkündete schließlich ein Urteil, das den Angeklagten freisprach. *

× **Schaufenstereinbruch.** In der Nacht zum Mittwoch wurde bei dem Fleischer Kurt Feliks, Bischofsstraße (Św. Wojciecha) 13, die Schaufensterscheibe durchschlagen und ein Quantum Fleischwaren im Werte von etwa 20 Złoty entwendet. *

* **Ladenbrand.** Dienstag abend 10.45 Uhr wurde die Freiwillige Feuerwehr nach der Oberthornerstraße (3 Maja) alarmiert. Dort war im Schuhwarenladen von Frau Helena Sielska Feuer ausgebrochen, und zwar unter einem der Regale. Die Flammen verbreiteten sich auf die oberen Regalteile, in dem Schuhwerk untergebracht war. Die Feuerwehr unterdrückte in kurzer Zeit das Feuer und beseitigte damit jede weitere Gefahr. Verbrannt sind 48 Paar Schuhe im Werte von etwa 240 Złoty. Was die Ursache des Brandes betrifft, so wird irgendeine Unvorsichtigkeit als Veranlassung angenommen. *

× **Selbst Friedhofstore und -Einzäunungen werden gestohlen.** In der Nacht zum Mittwoch haben besonders ruchlose Hände einen Teil des Tores des an der Kalinkerstraße (Kalinkowa) befindlichen alten Friedhofes herausgebrochen und als Beute mitgenommen. *

Thorn (Toruń)

‡ **Von der Weichsel.** Seit dem Vortage plötzlich um 7 Zentimeter gefallen, betrug der Wasserstand Mittwoch früh 1,13 Meter über Normal. * *

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 1. Februar, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 8. Februar, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Feiertag Mariä Lichtmeß (2. Februar) und am Sonntag, 4. Februar, hat die „Löwen-Apotheke“ (Apteka pod Lwem), Elisabethstraße (ul. Król. Jadwigi) 1, Fernsprecher 269. * *

t. **Der Schulpflicht unterliegen** laut Gesetz alle geisteskranken oder krüppelhaften Kinder nach Beendigung des 7. und alle blinden oder taubstummen Kinder nach Beendigung des 6. Lebensjahres. — Die Stadtverwaltung (Magistrat) gibt bekannt, daß Eltern oder Vormünder solcher gebrechlicher Kinder, die im Stadtgebiet wohnen und in den Jahren 1933, 1934 und 1935 das 6. oder 7. Lebensjahr beendet haben oder beenden werden, zur Anmeldung dieser Kinder bis spätestens 10. Februar 1934 im Rathause, Zimmer 5, verpflichtet sind. — Zu den blinden oder taubstummen Kindern werden auch solche gezählt, deren Seh- oder Hörkraft nur sehr schwach ist. Geisteskranke oder krüppelhafte Kinder sind auch dann anzumelden, wenn ihre Gebrechen einen Schulunterricht unmöglich machen; sie werden dann davon befreit. * *

t. **Selbstmord** durch Erhängen verübte in einem Hotel in Kattowitz der Kaufmann Władysław Kupczyk, 43 Jahre alt, wohnhaft in der Gerechtestraße (ul. Prosta) 2. Der Genannte war früher in Königshütte ansässig und ließ sich dann in Thorn nieder, wo sein Geschäft aber auch nicht florierte. Er war in einen Prozeß verwickelt, der seit acht Jahren in Kattowitz läuft und ihn schon viel Geld gekostet hat; sein Ausgang ist für den Genannten sehr zweifelhaft. Anscheinend hat ihn die schlechte Geschäftslage und die Sorge um seine Zukunft in den Tod getrieben. * *

‡ **Der Polizeibericht** verzeichnet drei Diebstähle, von denen einer aufgeklärt wurde, drei Unterschlagungen, zwei Betrügereien, eine Schlägerei und drei bezw. eine Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Verwaltungs- bezw. sanitätspolizeiliche Bestimmungen. — Festgenommen wurden zwei Diebstahlsverdächtige, eine Person wegen Hehlerei, eine wegen Anstiftung zur Körperverletzung, zwei polizeilich gesuchte und zwei wegen Trunkenheit. * *

Das Urteil im Atlantic-Prozeß.

* **Gdingen,** 1. Februar. (PAT) Gestern wurde durch das Bezirksgericht das Urteil in dem großen Atlantic-Prozeß gefällt. Der Direktor dieses Unternehmens Mosiewicz wurde wegen Mißbrauchs staatlicher Fonds und Beamtenbestechung zu einem Jahr Gefängnis und 1000 Złoty, der zweite Angeklagte Antoniewicz zu 200 Złoty Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Nach Anrechnung der Untersuchungshaft und Anwendung der Amnestie hat das Gericht die Angeklagten aus der Haft entlassen. Der Staatsanwalt hat Berufung angemeldet.

tz. **Konitz** (Chojnice), 1. Februar. Wie wir bereits berichteten, begann am Montag der Prozeß gegen Pfarrer Wrycza aus Wielle und Genossen wegen Aufforderung zur Gewaltanwendung und Beleidigung. Die Anklage warf den Beschuldigten vor, daß sie Schulkinder an dem Umzug am 3. Mai nicht teilnehmen ließen, daß Pfarrer W. den Schulleiter Napiórski öffentlich beleidigt und dadurch seine Autorität untergraben habe, und auch die anderen Angeklagten hätten die Lehrer beschimpft, geschlagen und Schulkinder beim Umzug aus den Reihen gerissen. Während der zweitägigen Verhandlung wurde eine große Zahl von Zeugen vernommen, die in der Hauptsache nichts Belastendes für die Angeklagten aussagen konnten. Aus den Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Suchocki-Stargard und Sergot-Konitz, ist zu entnehmen, daß es sich in Wielle um den Kampf zweier Weltanschauungen handelt. Auf der einen Seite steht Pfarrer Wrycza, ein früherer Oberst und Leiter des Aufständischenverbandes, und auf der anderen Seite der Schulleiter Napiórski, als Vorsteher des Strzelec. Abends gegen 9.30 Uhr waren die Vernehmungen und die Plädoyers beendet und das Gericht verkündete um 1.45 Uhr folgendes Urteil: Pfarrer Wrycza wird wegen Aufforderung zur Gewaltanwendung zu 5 Monaten Arrest und wegen Beleidigung des Lehrers Napiórski zu 1 Monat Arrest verurteilt, die zu 5 Monaten Arrest ohne Bewährungsfrist zusammengezogen werden. Leo Zabrocki erhielt 2 Monate, Ostrowski, Lukaszewicz und Teofil Zabrocki je 1 Monat Arrest mit 3jähriger Bewährungsfrist.

h **Soldau** (Działdowo), 31. Januar. Am 1. d. M. zählte unsere Stadt 5454 Einwohner. Davon waren Katholiken 4671, Evangelische 758, Rechtgläubige 6 und Juden 19. Im Jahre 1933 wurden 259 Geburten (1932 waren es 258), 149 Todesfälle (1932: 140) und 61 Eheschließungen (1932: 65) verzeichnet. Wohnhäuser gab es 213.

Im Gehöft des Landwirts Belkowski an der Lautenburger Chaussee brach ein Feuer aus, dem eine mit Getreide gefüllte Scheune und zwei Remisen zum Opfer fielen. Der herbeigeeilten Feuerwehr ist es gelungen, die bedrohten Wohngebäude zu erhalten. Der Brandschaden wird durch Versicherung gedeckt. Da Brandstiftung vermutet wird, hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 31. Januar. Auf dem Besitztum des Großgrundbesitzers Janta-Połczyński in Groß-Komorze (W.-Komorza), Kreis Tuchel, wurde ein frecher Diebstahl verübt. Ein bis jetzt unbekannter Dieb erlaubte sich, mit Pferd und Wagen an einen der Getreidestaken, der zwischen Groß- und Klein-Komorze steht, heranzufahren, zwei kräftige Fuder mit Roggengarben zu beladen und dann in Richtung Dombrowka davonzufahren. Hoffentlich gelingt es dem eifrigen Nachforschen der Polizei, den Dieb recht bald zu fassen. — Ein unbekannter Einbrecher stieg nachts in die Wohnung des J. Dorsch in Cekcyn, Kreis Tuchel, und entwendete eine Tischstanduhr und mehrere Wäschestücke. Der Dieb entkam in unbekannter Richtung. — In Iwitz, Kreis Tuchel, hatte der Tagelöhner A. Packold ein Schwein geschlachtet und das Fleisch über Nacht in den Keller getragen. Schon fanden sich nachts Langfinger, die sich gewaltsam durchs Kellerfenster Eingang verschafften und dem armen Arbeiter den gesamten Vorrat an Speck und Schinken entwendeten. Die Polizei fahndet nach den Tätern, die leider unbemerkt ihren Diebstahl ausführen konnten.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

$ **Alexandrowo,** 31. Januar. Seit längerer Zeit bestand zwischen dem 24jährigen Leon Próchniewski und der 19jährigen Marja Szczęsna-Starawies ein Liebesverhältnis Dem Dorfklatsch gelang es, das Verhältnis zu trüben, ja sogar die Liebenden völlig zu trennen. Der abgewiesene Freiersmann wollte mit seiner Braut wieder ins Reine kommen und stattete ihr einen Besuch ab. Bei seinem Anblick schloß die Verehrte die Stubentür. Trotz kniefälliger Bitten blieb die Braut stumm. In seiner Verzweiflung zog P. einen Browning und schoß sich eine Kugel durch den Kopf. Er war auf der Stelle tot.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 4. Febr. 1934 (Sexagesimä).

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädt. Kirche. Vorm. 10½ Uhr Gottesdst.*, Pfr. Rogall, 11½ Uhr Kindergottesdienst.

St. Georgen-Kirche. vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Rogall, 10 Uhr Kindergottesdienst.

Gostgau. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst.

Lulkau. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst.

Ostrometzko. Vormittag 10 Uhr Gottesdst.*, 11 Uhr Kindergottesdienst.

Graudenz.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 4. Febr. 1934 (Sexagesimä).

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesdst. Montag abds. 8 Uhr Jungmädchenverein, Dienstag abds. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch nachmitt. 5 Uhr Bibelstd., abends 8 Uhr Kirchenchor, Donnerstag abds. 8 Uhr Jungmännerverein, Freitag abends 8 Uhr Jungvolk-Heimabd. **Stadtmission Graudenz,** Ogrodowa 9–11. Vormitt. 9 Uhr Morgenandacht, 6 Uhr Evangel., 7 Uhr Jugendbund, 2 Uhr Andacht in Schönbrück, 3 Uhr Jugendbund in Schönbrück, ½1 Uhr Kindergottesdienst in Treul, 2 Uhr Andacht in Treul, 3 Uhr Jugendbundstunde in Treul, Dienst. ½10 Uhr Kindergottesdienst., 6 Uhr Andacht in Groß-Wolz, Mittw. nachm. 3 Frauenstunde, ½8 Uhr Gesangstunde, Donnerst. ½8 Uhr Bibelstunde, ½9 Uhr Posaunenstunde, Freitag . Uhr Andacht in Hilmarsdorf.

Ich prophezeie . . .

Von Madame Fraya.

(Nachdruck verboten!)

Es wird erzählt: Ein Jahr vor dem Kriege besuchte ein Verwandter des Deutschen Kaisers inkognito die Hellseherin Madame Fraya, die ihm sagte, daß eine Persönlichkeit in nicht allzu langer Zeit den Thron verlieren würde. Vor ungefähr zwei Jahren prüfte sie die Gußform der Hand König Alfonsos und einige Proben seiner Handschrift und sagte voraus, daß der König gezwungen sein wird, sein Land zu verlassen. Er werde niemals dorthin zurückkehren. Diese Voraussage wurde seinerzeit von den französischen Zeitungen — mit sehr skeptischen Kommentaren — mitgeteilt. Sie waren — wie die Vorgänge zeigten, — nicht gerechtfertigt. Diese vielfach angenommene Fähigkeit, die Zukunft zu erkennen, machen die folgenden Ausführungen der Madame Fraya interessant:

„Ich bin mehr als einmal entschlossen gewesen, den Leuten, die zu mir kommen, nur angenehme Dinge zu enthüllen. Aber sobald ich mich in das Studium einer Handschrift vertiefe, oder in die Linien einer Hand, vergesse ich meine guten Absichten und fühle mich genötigt, zu erschließen, was die höheren Mächte mich enthüllen wollen

Admiral Wedel schreibt in seinen Erinnerungen, daß ich dem berühmten Schriftsteller Pierre Loti vorausgesagt habe, er werde in einem Hause am Meeresufer sterben, ohne jemand in seiner Nähe zu haben, außer seinen treuen Diener. So geschah es auch. Loti erinnerte sich der Voraussage, kurz bevor er seinen letzten Atemzug tat. Man hörte ihn sagen: „Ich fürchte, Madame Fraya hat recht gehabt."

Im Jahre 1911 besuchte mich Komtesse de Nosille, die berühmte französische Dichterin. Sie war von Dr. Beschide begleitet. Ich war mit keinem der beiden bekannt, und als mich der Doktor mit einem ungläubigen Lächeln fragte, was ich in seiner Hand sähe, antwortete ich wider Willen:

„Sie werden mit 33 Jahren sterben. Nach einer Lungenentzündung."

„Was sagen Sie?" bemerkte er mit offensichtlichem Skeptizismus. „Wenn dem so ist, bleiben mir nur zwei Jahre."

„Und ich?" fragte Madame de Nosille. „Sagen Sie mir genau, was Sie sehen! Verschweigen Sie mir nichts."

„Madame", sagte ich. „Sie sind eine Frau von außerordentlicher Begabung. Sie schreiben wunderbare Geschichten. Sie werden etwas erhalten, was einer Frau noch nie gegeben war. Ihr Leben wird sehr erfolgreich sein. Doch Ihre Gesundheit immer zart."

„Und wie lange werde ich leben?" fragte sie.

„Sie haben reichlich Zeit", antwortete ich. „Sie werden noch zweiundzwanzig Jahre leben."

Das „etwas", das noch niemals einer Frau gegeben wurde, war der Rang eines Kommandeurs der Ehrenlegion, den Komtesse de Nosille als erste Frau erhielt.

Komtesse de Nosille und ich wurden gute Freunde. Sie fragte mich oft um Rat und sie ließ das erste Gespräch, das wir geführt haben, in der Presse veröffentlichen. Ich hoffte oft, daß es sich herausstellen werde, daß meine Voraussage betreffend den Zeitpunkt ihres Todes unrichtig sei. Es war mir ein großer Schmerz, als die Geschehnisse erwiesen, daß ich recht hatte.

In die Zukunft der Welt sehe ich ebenso klar, als in die Zukunft der Individuen.

Bisher war unser Planet unter dem Einfluß des Saturn, was Mangel an Leben und Energie bedeutet, eher ein Vorzug für den Schatten, als für das Licht. Ich bin zufrieden, daß der Einfluß des Saturn auf den Merkur übergegangen ist, was so viel bedeutet, daß die Stunde der Jugend gekommen ist. Die Zukunft gehört der Jugend, die die Welt mutig und ohne Routine regieren wird.

Es ist selbstverständlich schwerer, die Zukunft der Menschheit zu sehen, als die der Einzelmenschen. Die Menschheit kann mir nicht ihre Hand, oder ihre Handschrift vorweisen, und so bin ich jeder wissenschaftlicher Grundlage der Beobachtung beraubt. Ich muß daher in die Intuition zurückverfallen und in den Einfluß der Himmelskörper — eine Form der Kenntnisse, die für das Studium der Zukunft unerläßlich ist.

Die Obergewalt des Merkur über den Saturn ist von größter Wichtigkeit. Saturn ermutigt die Untätigkeit und die Routine und macht uns alt. Merkur hingegen bringt uns alle guten und schlechten Eigenschaften der Jugend: Energie, Geist der Initiative, Durst nach Kenntnissen und revolutionäre Gedanken.

Der Einfluß des Merkur bedeutet außerordentlichen Fortschritt in der Wissenschaft. Die Welt wird von neuartigen Krankheiten und Epidemien befallen . . . Die Wissenschaft jedoch wird ungeahnte Fortschritte in der Bekämpfung der körperlichen Leiden machen. Der Krebs wird von der ärztlichen Wissenschaft bezwungen werden. Überhaupt wird das Jahr 1934 ein Glücksjahr der Wissenschaften werden.

Die Nationalsozialisten werden in Deutschland auch weiter Grund gewinnen. Hitler wird lange an der Macht sein.

Ich sehe keine Anzeichen einer großen Änderung in Rußland. Das bolschewistische Regime wird unter neuen Führern fortgesetzt werden.

Mussolini wird in der internationalen Politik eine immer bedeutendere Rolle spielen. Er ist jetzt am Anfang der glänzendsten Periode seines Lebens. Er wird aus Italien ein großes und glückliches Land machen und wird der Welt im allgemeinen unschätzbare Dienste leisten. In Zentraleuropa und auch am Balkan werden wir neue Störungen sehen; doch werden sie nicht zum Kriege führen.

Ich sehe keine Änderung im Schicksal der entthronten Monarchen. Es wird in Deutschland und in Österreich zu keiner Restauration kommen. Der Exkönig von Spanien hat nichts zu hoffen. Die Vertreter der jüngeren Generation, die die Kontrolle bald übernehmen, werden die Methoden ihrer Vorfahren nicht nachahmen. Sie werden einen Schwamm nehmen und all die erdrückenden Schulden, die ihnen von der Vergangenheit vermacht wurden, einfach weglöschen. Ich sehe eine Besserung der Krise. Aber die produktiven Kräfte werden nicht in den Großstädten in ihrer fieberhaften Luft erstehen, denn diese ist für große Ideen nicht vorteilhaft. Auf dem Lande und in der Provinz jedoch sah ich tausende Hände, mit klaren, markanten Linien, die ganz entschieden Kennzeichen einer **Besserung zeigen.**

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein: anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

O. 36. Ella. 1. Die Frau braucht nicht damit zufrieden zu sein, daß sie es nicht braucht, ist ihr bekannt, denn sie hat ja bereits die Kassationsklage eingereicht. Wenn das Urteil dort bestätigt wird, dann sind allerdings alle Rechtsmittel erschöpft. 2. Die Gebühren des Advokaten in Strafsachen hängen von der Art des Prozesses, von der Summe der dafür aufgewandten Arbeit und Zeit usw. ab. Die niedrigste Gebühr beträgt für eine Vertretung vor dem Sąd grodzki 15 Zloty und vor dem Sąd okręgowy 30 Zloty. Für die Führung der Sache vor dem Obersten Gericht stehen dem Advokaten 75 Prozent der Grundgebühr zu. 3. Eine solche „Administration", wie Sie sie bezeichnen, existiert in Posen natürlich nicht. Im übrigen sind Ihre Angaben über die Rechte des Mannes gegenüber der Ehefrau stark übertrieben. Der Mann ist allerdings berechtigt, die zum eingebrachten Gut gehörigen Sachen in Besitz zu nehmen, und er kann auch ohne Zustimmung der Frau über Geld und andere verbrauchbare Sachen der Frau verfügen, aber er soll dies nur tun zur ordnungsmäßigen Verwaltung des eingebrachten Gutes.

K. Wenden Sie sich an das Deutsche Konsulat in Thorn mit der Bitte, Ihr Anliegen an die zuständige Stelle in Berlin weiter zu leiten.

E. P. S. Ihre Forderung unterliegt nur dann den Beschränkungen der Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 8. 32 über die Kreisschiedsämter, wenn der Schuldner die Intervention des Schiedsamts in Anspruch nimmt, sonst nicht. Sie können Ihre Forderung also ohne weiteres einklagen. Zinsen bis 12 Prozent sind zulässig. Der Stempel für den Schuldschein beträgt 1/2 Prozent + 10 Prozent Zuschlag.

„Pomorze 6". Jede Quittung über 50 Zloty ist stempelsteuerpflichtig (25 Groschen + 10 Prozent).

„Dornröschen". Landwirtschaftliche Arbeiter sind nicht an die Krankenkasse anzumelden, die ja an sich zu existieren aufgehört hat. Für alle Aufwendungen in Krankheitsfällen sind Sie als Arbeitgeber haftbar.

J. W. 240. Erbgut ist beiderseits zollfrei.

„Kleeblatt 555." Wenn der Wert des Grundstücks noch derselbe ist wie im Jahre 1908, können Sie eine 100prozentige Aufwertung der 1500 Mark (nicht Zloty, wie Sie schreiben, denn damals gab es nur Mark) = 1851,85 Zloty verlangen. Eine Aufwertung auf mehr als 100 Prozent ist unzulässig. Bei der Kündigung müssen Sie sich an die Frist halten, die im Grundbuch für die Kündigung eingetragen ist. Ein Hypothekenschutzgesetz, das die Rückzahlung von Hypotheken um 10 Jahre verschiebt, gibt es nicht.

„Niederschlagung". Die Niederschlagung von Steuerrückständen erstreckt sich auf Rückstände, die vor dem 1. Oktober 1931 entstanden sind und bezieht sich auf folgende Staatssteuern und auf die staatlichen und kommunalen Zuschläge dazu: auf die Gurndsteuer, Gebäudesteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Vermögenssteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer. Die gleichen Erleichterungen werden auf folgende selbständige kommunale Abgaben angewandt: auf die Ausgleichssteuer für die Landgemeinden, ferner auf die Investitionssteuer, auf spezielle Gebühren und auf die Wegezuschläge. Dabei stehen die Kompetenzen der Finanzämter den Vorständen der Kommunalverbände zu (an die man sich also zu wenden hat), wenn der Wert des Vermögens des Zahlungspflichtigen nicht vom Finanzamt festgestellt worden ist. Im übrigen verteilen sich die Kompetenzen auf die Finanzkammer und die Wojewoden. Für Zahlungspflichtige, die keinen Grundbesitz haben, sind die Kommunalverbände zuständig; diesen Zahlungspflichtigen wird von Amts wegen der vierte Teil ihrer Rückstände gestrichen und der Rest ist in 12 gleichen Quartalsraten vom 1. 1. 35 ab zu zahlen. Zahlungspflichtige, die mit 2 Raten im Rückstande bleiben, verlieren das Anrecht auf diese Ermäßigungen überhaupt. Die vorstehend bezeichneten Erleichterungen bezüglich der Steuerrückstände beruhen auf der Verordnung vom 25. November 1933 (Dz. Ust. Nr. 94/33 Poz. 781).

„Kreuz". 1. An der Auslosung nehmen nur die Nummern der Anleiheablösungsschuld teil, die sich in den Grenzen von 1—90 000 bewegen, nicht die Nummern der Reichsschuldverschreibungen. Die Millionennummern, die Sie uns mitteilen, scheiden also aus; ob die kleineren Nummern die Nummern der Anleiheablösungsschuld sind, wissen wir nicht, wir stellen Ihnen anheim, uns das mitzuteilen. 2. Aus Ihrer zweiten Anfrage ist nicht einmal ersichtlich, ob die Eltern noch leben, oder ob sie beide schon tot sind, oder ob der eine Teil lebt. Wenn Sie bei der Erbregulierung durch das Testament Ihrer Eltern übergangen worden sind, dann haben Sie Anspruch auf den Pflichtteil, d. h. auf die Hälfte des gesetzlichen Erbes. Den Anspruch können Sie dem Erben, d. h. Ihrem Bruder, gegenüber geltend machen. Aber wir wissen ja nicht, ob er schon Erbe ist oder es erst werden soll, da wir ja nicht wissen, ob nicht der Vater oder die Mutter noch lebt.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 4. Februar.

Deutschlandsender.

06.35: Hafenkonzert. 08.00: Stunde der Scholle. 08.55: Morgenfeier. 10.05: Wettervorhersage. 11.00: Werner Pleister: Von deutscher Art und Kunst. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: **Bach-Kantate.** 12.00: Glückwünsche. Anschl.: Veranstaltung der Funkdienst G. m. b. H. **aus dem Wintergarten.** Mitwirkende: Irene de Noiret; Lotte Werkmeister; Harald Paulsen; Willy Stech; Herbert Jaeger; Robert Gaden und sein Orchester. Ansage: Fred Krüger. 14.00: Kinedrliedersingen. 14.30: Kinderfunkspiele: „Der kleine Muck" (2. Teil). 15.15: Viertelstunde Schach. 15.30: Stimme und Gesicht der Schallplatte seit 1900. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.45: Die Rundfunkabteilung des Gaues Groß-Berlin verteilt aus der Göbbels-Spende 200 Radiogeräte an die Opfer des Krieges und der Arbeit (Aufnahme). 18.00: **„An die junge Front der Arbeit!"** Es sprechen der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley und der Vertreter der Reichsjugendführung in der Reichssendeleitung, Karl Cerff. Anschl.: **Jugend ist Revolution.** Eine Hörfolge von Hermann Roth. Musik von Georg Blumensaat. 19.00: Stunde des Landes. 20.00: **„Wie einst im Mai".** 22.00: Nachrichten. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—00.30: Nachtkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Hafenkonzert. 09.05: Evangelische Morgenfeier. 10.00: Das ewige Reich der Deutschen. 10.20: Klaviertrio. 11.30: Bach-Kantate. 14.40: Fortsetzung folgt. 15.30: Kinderfunk. 18.25: Wetter. Anschl.: Vom Kapaun zum Eintopfgericht. 19.10: Der Zeitdienst berichtet! 19.45: **Paul Lincke-Stunde.** 20.45: **Neuer Wiener Palawatsch.** 21.10: **Im Walzertakt.**

Königsberg-Danzig.

06.35—07.50: Hafenkonzert. 08.00: **Katholische Morgenfeier.** 09.00: Evangelische Morgenandacht. 14.30: Jugendstunde. 15.00: Schallplatten. 15.40: Der Franzose und das Ferkel. 16.00: Feierabendmusik. 18.00: **An die junge Front der Arbeit.** 19.00: Liederstunde. 19.25: Deutsche Winterkampfspiele 1934. 20.05 bis 25.00: **Frau Musica.**

Leipzig.

06.35: Hafenkonzert. 08.15: Landwirtschaftsfunk. 08.30: Chorkonzert. 09.05: Evangelische Morgenfeier. 10.00: Das ewige Reich der Deutschen. 11.30: **Mit Fried und Freud fahr ich dahin. Kantate von Johann Sebastian Bach.** 14.05: Was wir bringen. 14.35: Volkslieder, gesungen und gespielt von Tony Jaeckel, Sopran und Laute. 15.15: Klaviermusik. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.00: Volkstümliche Märsche. 18.00: **„An die junge Front der Arbeit".** 19.00: Zeitfunk. 19.25: Alte Tänze in neuer Form (Schallplatten). 19.45: **Paul Lincke-Konzert.** 20.45: **Neuer Wiener Palawatsch.** 21.10: **Im Walzertakt.**

Warschau.

09.20: Schallplatten. 09.40: Schallplatten. 10.45: **Religiöse Musik.** 12.15: Sinfoniekonzert. 14.30: Schallplatten. 15.20: Salonmusik. 16.30: Straccieri, Bariton (Schallplatten). 17.15: Polnische Musik. 18.40: Filmlieder, Warschauer Chor. 19.52: **Opernkonzert.** 22.25 und 23.05: **Tanzmusik.**

Deutschlands Friedensliebe und Friedenswille.

In dem sich auf die Außenpolitik Deutschlands beziehenden Teil seiner Rede im Reichstage beschäftigte sich Reichskanzler Hitler auch mit Deutschlands Beziehungen zu Österreich, Italien und Frankreich. Er sagte hierbei u. a.:

Zum großen Bedauern der Deutschen Reichsregierung sind die Beziehungen des Reiches zur derzeitigen Österreichischen Regierung nicht befriedigend. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie aufs tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes Halt machen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkriege Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten. (Stürmische Zustimmung, Händeklatschen, Bravorufe.) Aber auch davon abgesehen, ist diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistig revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde. (Zustimmung.)

Wenn die derzeitige Österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Deutsche Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der Österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick für sich die Konsequenzen gezogen, als deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden. Es kann der Deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken.

So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die Deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird. Denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten! (Jubelnde Zustimmung, Bravorufe und Händeklatschen.)

Wenn die Österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst dem einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindlich gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufige Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich und bedenklich wären. Denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und zu selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen. (Zustimmung.)

Die weitere Behauptung der Österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgend ein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen würde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen.

Wenn die zehntausende politischer Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung hier irgendwie abzustellen. Wenn die Österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so könnte sich die Deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen, über die politische Propaganda, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird. Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der Österreichischen Regierung gelesen werden kann (stürmische Heiterkeit), ist für die derzeitige Österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die Deutsche Reichsregierung nicht zu ändern. (Erneute Heiterkeit.) Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionenauflagen gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die Deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor da es nicht verständlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen. Wie schwer Einwirkungen politischer Emigranten in das Mutterland zu unterbinden sind, geht am einwandfreiesten daraus hervor, daß selbst dort, wo der Völkerbund in eigener Hoheit die Geschäfte eines Landes wahrnimmt, die Einwirkungen emigrierter Kreise in das frühere Mutterland ersichtlich nicht unterbunden werden können. Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebietes 16 **Kommunisten verhaftet, die große Menge**

staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich zu schmuggeln versuchten. Wenn aber so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die Deutsche Reichsregierung stellt auch keine weitere Anklage gegen die umliegenden Staaten wegen der dort gegen Deutschland geduldeten Emigranten-Propaganda, die sich sogar bis zur Bildung einer zur Verhöhnung des Obersten Deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justiz-Komödie steigerte, und ihren letzten Ausdruck auch heute noch in einer wüsten Boykott-Hetze findet.

Die Deutsche Reichsregierung kann auf die Anklage verzichten, weil sie sich als die nicht zu erschütternde Repräsentantin und Vertrauensträgerin des Willens der deutschen Nation fühlt. (Stürmische Zustimmung.) Sie hat diese innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige Österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Wollen der Regierung vor aller Welt festzustellen. (Minutenlanger Beifall.)

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgend eine Klage über den Versuch einer Einmengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen. (Sehr gut.) Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch das eine sagen zu müssen:

Nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen.

Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine erste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung. Und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten. (Große Heiterkeit und Beifall.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfte. Ich glaube, meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reich erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. (Stürmische, jubelnde Zustimmung.)

Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist, bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums, jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen. (Bravorufe.)

In dieser außenpolitischen Betrachtung kann ich nicht die freudige Empfindung übergehen, daß in diesem Jahr die vom Nationalsozialismus stets gepflegte, ja geradezu traditionelle

Freundschaft zum faszistischen Italien

und die hohe Verehrung, die der große Führer dieses Volkes auch bei uns genießt, in den Beziehungen der beiden Staaten zueinander eine weitere vielfältige Festigung erfahren hat. Das deutsche Volk empfindet dankbar die vielen Beweise einer ebenso staatsmännischen wie objektiven Gerechtigkeit, die es sowohl innerhalb der Genfer Verhandlungen als auch späterhin durch das heutige Italien erfahren hat.

Der Besuch des italienischen Staatssekretärs Suvich hat uns zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diesen Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahestehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann Ausdruck zu geben.

So wie sich die nationalsozialistische Regierung des Reiches in diesem Jahre bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, so war es auch unser ehrliches Bemühen,

die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern

und wenn möglich durch eine Generalbereinigung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden.

Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, der von uns als Kampf um die Ehre und das Recht unseres Volkes niemals aufgegeben werden wird, könnte meines Erachtens keine bessere Beendigung finden als durch eine Aussöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch Wesentliches zu ändern

Ich glaube daher auch, daß dieses Problem nicht ausschließlich durch die Brille kalter Berufspolitiker und -diplomaten gesehen werden kann, sondern daß es seine endgültige Lösung nur finden wird durch einen warmherzigen Entschluß derer, die sich vielleicht früher als Feinde gegenübergestanden sind, aber in der auf der beiderseitigen Tapferkeit begründeten Hochachtung eine Brücke finden könnten in eine Zukunft, die eine Wiederholung vergangener Leiden so oder so nicht mehr kennen darf, wenn nicht Europa tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll.

Frankreich fürchtet um seine Sicherheit. Niemand in Deutschland will sie bedrohen und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen.

Deutschland fordert seine Gleichberechtigung.

Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern und niemand wird die Macht haben, sie auf die Dauer zu verhindern.

Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind ist nichts fernerliegend als der Gedanke, diese beiderseits verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgend einen Zusammenhang zu bringen mit dem etwaigen Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte der beiden Völker auf dem Schlachfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Aus diesen Empfindungen heraus habe ich auch versucht, im Geiste der angestrebten notwendigen Zusammenarbeit der beiden Nationen schon jetzt die Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die ansonsten nur zu leicht geeignet sind, eine neue Erhitzung der Leidenschaften zu fördern.

Mein Vorschlag, Deutschland und Frankreich möchten gemeinsam schon jetzt das Saar-Problem bereinigen, entsprang folgenden Erwägungen:

1. Diese Frage ist die einzige, die territorial zwischen den beiden Ländern noch offen steht. Die Deutsche Regierung ist nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarno-Paktes auch innerlich zu akzeptieren, da es dann für sie zwischen Frankreich und Deutschland keine territoriale Frage mehr gibt.

2. Die Deutsche Regierung befürchtet, daß, trotzdem die Abstimmung eine unerhörte Mehrheit für Deutschland ergeben wird, dennoch — besonders geschürt durch unverantwortliche Kreise der Emigration — im Zuge der Vorbereitung zur Abstimmung eine propagandistische neue Aufstachelung nationaler Leidenschaften stattfindet, die angesichts des ohnedies feststehenden Endresultats nicht notwendig wäre und daher bedauert werden muß

3. Ganz gleich, wie die Abstimmung ausgehen würde, sie wird in jedem Falle bei einer der beiden Nationen zwangsläufig das Gefühl einer Niederlage zurücklassen. Und wenn auch in Deutschland dann Freudenfeuer brennen werden, so würden wir doch vom Gesichtspunkt der Versöhnung der beiden Länder es mehr begrüßen, wenn schon vorher eine beide Seiten gleichmäßig befriedigende Lösung gefunden werden könnte.

4. Wir sind überzeugt, daß, wenn Frankreich und Deutschland diese Frage vorher in einem gemeinsamen Vertragsentwurf geregelt und entschieden hätten, die gesamte Bevölkerung der Saar bei einer Abstimmung in überwältigender Mehrheit freudig für diese Regelung eintreten würde, mit dem Ergebnis, daß der Anspruch der Saarbevölkerung auf die Abgabe ihres Votums seine Erfüllung gefunden hätte, ohne daß eine der beiden interessierten Nationen den Ausgang der Abstimmung als Sieg oder Niederlage zu empfinden brauchte, und ohne daß der Propaganda die Möglichkeit einer solchen neuen Störung einer sich anbahnenden gegenseitigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volk gegeben wäre.

Ich bedauere daher auch heute noch, daß französischerseits geglaubt wurde, diesem Gedanken nicht folgen zu können. Ich gebe aber dennoch die Hoffnung nicht auf,

daß trotzdem in beiden Nationen der Wille, zu einer wahrhaften Aussöhnung und endgültigen Begrabung des historischen Kriegsbeils zu kommen, immer mehr sich verstärken und endlich durchsetzen wird.

Wenn dieses gelingt, wird die von Deutschland unerschütterlich geforderte Gleichberechtigung dann auch in Frankreich nicht mehr als Angriff gegen die Sicherheit der französischen Nation, sondern als das selbstverständliche Recht eines großen Volkes angesehen werden, mit dem man nicht nur politisch in Freundschaft lebt, sondern wirtschaftlich so unendlich viele gemeinsame Interessen besitzt.

Das Weltecho der Kanzler-Rede.

England

London, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung). Die gestrige Reichstagsrede des Führers wird von den Londoner Morgenblättern ausführlich besprochen. Im **„Daily Telegraph"** heißt es:

Vor einem Jahr, als Hitler Reichskanzler wurde, war die Welt einigermaßen in Zweifel, ob er trotz seines Aufstieges das Zeug zur Größe habe. Heute wird überall, wo seine Reichstagsrede gelesen wird, zugegeben werden müssen, daß er nicht nur ein kräftiger und entschlossener Reiter ist, der in Deutschland fest im Sattel sitzt, sondern auch ein Mann, der sich sicher auf seinem Wege zeigt, als ob er ihn von früher kenne. **Er ließ sehen, daß der Weg, den der Meister Deutschlands sich vorgezeichnet hat, ein Weg des guten Willens gegenüber seinen Nachbarn ist, wenn diese Deutschland die Gleichberechtigung zugestehen, die es fordert. Auch sind Hitlers Worte von Taten begleitet. Der kürzlich abgeschlossene Pakt mit Polen wurde noch vor sechs Monaten als eine Unmöglichkeit betrachtet.**

„Daily Herald" stellt fest, daß Hitler den Weg zu einem Einverständnis mit Frankreich geebnet habe. **Würden Hitlers Zusicherungen in Paris angenommen, dann würde die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung gegeben sein, die die Lage im Westen Europas erleichtern würde, wie es der deutsch-polnische Pakt im Osten Europas getan hat.**

Im **„Daily Mail"** liest man, Reichskanzler Hitler habe in einem Jahre zweifellos sehr große Dinge vollbracht, er sei berechtigt gewesen zu erklären, daß unter ihm und seiner Regierung ein neues Deutschland begonnen hat. Er hat Deutschland geeinigt in einer Weise, wie es nie zuvor nicht einmal unter Bismarck der Fall war.

Der Inhalt der Rede des Reichskanzlers wird in der ganzen englischen Presse mit größter Ausführlichkeit gemeldet. In den Überschriften und im Druck des Textes wird besonders die Stelle hervorgehoben, in der Frankreich zu einer Verständigung eingeladen wird.

„News Chronicle" überschreibt seinen Bericht: „Hitlers Aufruf an Frankreich, die Streitaxt zu begraben." **„Morningpost"**: Hitlers Botschaft an Europa: Wir wollen eine Verständigung mit Frankreich. — Andere Punkte, die in den Blättern Beachtung finden, sind besonders die Ankündigung der Reichsreform, die Äußerungen zur Frage der Monarchie, die Bezugnahme auf Österreich und den Locarnopakt, die Saar, Polen, Italien usw.

Der Berliner Berichterstatter des **„Daily Expreß"** nennt es ein erstaunliches Schauspiel, daß die deutschen Parlamentsmitglieder den freundlichen Worten, die an Frankreich gerichtet waren, stürmischen Beifall spendeten. Auch in anderen Blättern wird dieser Beifall besonders erwähnt.

Durch seine Kühle fällt ein Leitartikel auf, in dem die **„Times"** die Kanzlerrede bespricht. Das Blatt bemüht sich, Anstoß daran zu nehmen, daß der Kanzler „fälschlicherweise" die Zustände in Deutschland nach dem Kriege auf den Versailler Vertrag und auf eine demokratische Verfassung zurückgeführt habe, anstatt auf die demoralisierende Wirkung des Krieges. Auffällig ist es auch, wenn in diesem „Times"-Artikel gewisse Register der Kriegspropaganda leicht angeschlagen werden. Es heißt nämlich weiterhin, der Kanzler habe nicht etwa erklärt, daß die deutsche Vorkriegspolitik, weil sie bei der ganzen Welt Verstimmung und Abscheu, sowie Feindschaft hervorgerufen habe, die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches zerstört habe, sondern er habe das „Versailler Diktat" dafür verantwortlich gemacht. Weiter wird in dem Artikel vermerkt, daß über die Abrüstungsfrage nichts Neues vorgebracht worden sei. (Das „Neue" hat von Frankreich zu kommen. D. R.) An die Feststellung des Kanzlers, daß jedes Volk über sein eigenes inneres Leben entscheiden müsse, wird von der „Times" die Bemerkung geknüpft, es sei sonderbar, daß in der Rede dieser Grundsatz auch auf die österreichisch-deutschen Beziehungen angewandt worden sei.

Dagegen werden die freundschaftlichen Worte an die Adresse der Britischen Regierung getreulich registriert, ebenso die Tatsache, daß der Reichstag den Aufruf zur Verständigung, den der Kanzler an Frankreich richtete, mit Beifall aufgenommen hat. Die Bedeutung der innerpolitischen Reformen wird voll gewürdigt. **Mit dem Übergang der Verwaltung des ganzen Landes in die Hände des Reichsministers des Innern werde tatsächlich eine wahrhaft historische Revolution vollendet.** „Es ist klar", so schreibt das Blatt, **„daß Reichskanzler Hitler seine Politik der Reform nach innen und der Versöhnung nach außen mit größerer Freiheit und mit größerem Nachdruck betreiben könne,** als es je einem seiner Amtsvorgänger möglich war."

Die rechtskonservative **„Morningpost"** kann sich der Feststellung nicht entziehen, daß die Erklärungen des Kanzlers vom Geiste staatsmännischer Mäßigung und Zurückhaltung erfüllt gewesen sei. Sogar eine freundliche Äußerung über den Völkerbund habe sich darin gefunden. Das Blatt sucht dann aber seine eigene Feststellung zu entwerten durch die hämisch-ironische Form, in der es sie vorbringt. Nach dem, was man gehört habe, müsse man sich fragen, warum eigentlich Europa über den Hitlerismus beunruhigt gewesen sei. Aber Worte seien eben eine zweifelhafte Münze. Es komme auf die Politik an. Die nationalsozialistische Politik bedrohe alle Nachbarn direkt und indirekt mit Forderungen, die sie nicht bewilligen könnten und die aus diesem Grunde sehr leicht zum Kriege führen könnten. Es sei wohl weise, vorsichtig zu sein. Dies brauche England nicht daran zu hindern, sich der Hoffnung hinzugeben, daß der Kanzler aufrichtig und nicht bloß als Diplomat gesprochen habe und daß bei ihm von einer zunehmenden Einsicht in die Notwendigkeit des Friedens die Rede sein könne.

„News Chronicle" stellt fest, die Rede mache auf den ersten Blick einen überraschenden Eindruck. Die Äußerungen über Rußland, über Polen, über Frankreich und über England sind so staatsmännisch und friedfertig, wie man nur wünschen kann. Anlaß zur Kritik und zu Bedenken gebe höchstens die Angelegenheit Österreichs. **Zu bedauern sei, daß die Rede keine Andeutung über Deutschlands Rückkehr nach Genf enthält.**

Frankreich

Paris, 31. Januar. (Eigene Drahtmeldung). Die Rede wird in spaltenlangen Auszügen wiedergegeben. Hervorgehoben werden besonders die außenpolitischen Stellen, die erneute Friedenserklärung des Reichskanzlers wird neben der Erklärung, daß Deutschland für die Gleichberechtigung unermüdlich weiterkämpfen werde, von vielen Blättern als Überschrift zu dem Wortlaut gegeben.

Der Berliner Berichterstatter des **„Matin"** will eine „eigenartige Entwicklung in der Politik des Kanzlers nach links", auf jeden Fall aber revolutionäre Gedankengänge feststellen können und außenpolitische Verschärfung des Kampfes um die bereits bekannten Grundsätze.

Für den Berichterstatter des **„Journal"** ist die Anrede an Frankreich ein schöner Traum, der durch eine kalte Dusche zerstört worden sei, nämlich durch die Erklärung, daß das deutsche Volk Anspruch auf militärische Gleichheit habe und daß niemand auf die Dauer das deutsche Volk verhindern werde, diese Gleichheit zu erhalten.

Die feindselige Kritik des sozialistischen **„Peuple"** nimmt nicht wunder. Die Rechtsblätter fordern den Reichskanzler auf, zunächst einmal den Beweis für seine Friedensbeteuerungen (!) anzutreten.

Der **„Figaro"** schreibt: Zweifellos ist es eine geschickte Rede, die sehr großen Eindruck im Auslande machen wird. Man wird sicher, wie schon so oft, sagen, Hitler will den Frieden, aber man wird immer wieder antworten, daß der Reichskanzler uns nur zu täuschen sucht. Es sei möglich, so fährt das Blatt fort, daß er in der gegenwärtigen Stunde nicht den Krieg wolle, aber die „pangermanistische Rassenidee" müsse ihn zwangsläufig dazu bringen, „sich der Gebiete zu bemächtigen, die anderen Völkern gehören." Wenn nicht heute, dann werde es morgen sein. Es müsse also ein jeder der Alliierten und Freunde Frankreichs darüber nachdenken. (Über diese Unverbesserlichen und Querulanten hat der Kanzler des Deutschen Reiches seiner Meinung einen besonderen Ausdruck verliehen. D. R.)

Der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** nennt die Rede eine Volksansprache. Man dürfe also nicht genau gefaßte Gedanken und logisch verkettete Grundsätze davon verlangen. Bei der bekannten Einstellung des Blattes nimmt es nicht wunder, wenn es behauptet, die Forderungen des Reichskanzlers liefen darauf hinaus, daß Deutschland die größte Militärmacht Europas werde. Ein Organ, wie „Echo de Paris" wird niemals zu überzeugen sein. Ebensowenig überrascht es, wenn zur Kanzlerrede weiter behauptet wird, der Führer fordere die Schaffung eines Mitteleuropa, das an Südslawien und Rumänien grenze. Auf diese Weise würde die Tschechoslowakei fast eingekreist und die Unabhängigkeit bedroht sein. Der Reichskanzler versuche Frankreich zu beruhigen mit der Erklärung, daß der Frieden sein teuerster Wunsch sei. Die Ansicht sei nicht verführerisch. Man könne die Ereignisse von 1914 nicht vergessen. Soweit die deutschen Forderungen, so fährt das Blatt fort, vernünftig seien, werde Deutschland stets die Staaten zu einer Verständigung bereit finden, vorausgesetzt, daß der Friedenswille Deutschlands nicht in Zweifel gezogen werden könne, ebensowenig seine Absicht, die internationalen Verpflichtungen zu achten. Der Reichskanzler besitze ein Mittel, um Frankreich zu beruhigen: seine Handlungen mit seinen Worten in Einklang zu bringen und sogar auf gewisse Worte zu verzichten, um nur eines anzuführen: Was bedeutet es, wenn er zwischen einer äußeren und inneren **Annahme von Locarno unterscheiden wolle?**

Wirtschaftliche Rundschau.

Roosevelts Währungsreform in Kraft gesetzt.

Wie aus Washington gemeldet wird, ist gestern das vom Senat und Repräsentantenhaus gebilligte Gesetz über den Goldinterventionsfonds in Kraft getreten. Das Gesetz umfaßt eine Sammlung von Bestimmungen, über deren endgültige Form bekanntlich in den amerikanischen zuständigen Stellen und ebenso in der amerikanischen Öffentlichkeit ein heißer Kampf geführt worden war. Einer der wesentlichsten Punkte des neuen Gesetzes, der für die Gestaltung der amerikanischen Währung in Zukunft ausschlaggebend sein dürfte, ist die Bestimmung über die Gründung eines sogenannten Goldinterventionsfonds (Goldreserveakt). Er wird bekanntlich dadurch gebildet, daß die Bundeskasse alles in Amerika befindliche Gold in seine Verwaltung nimmt, als ihr Eigentum erklärt und die Goldmünzen in Zukunft ausschließt. Die etwa 4 Milliarden, die dadurch der Kasse zufließen, werden zur Hälfte der Regierung zur Verfügung gestellt, zur anderen Hälfte, also etwa 2 Milliarden Dollar, dem Interventionsfonds zugeführt. Die Hauptaufgabe dieses Fonds besteht in der ständigen Überwachung der amerikanischen Valuta, die — wie wir bereits berichteten — einen Kursstand von 50—60 Prozent seines früheren Wertes haben soll. Der augenblickliche Stand des Dollars ist etwas höher als diese Maximalgrenze, demzufolge ist anzunehmen, daß die Inkraftsetzung dieser amerikanischen Währungsbill gleichzeitig eine Ansage für den Beginn der Intervention zur Kurssenkung des Dollars ist.

Im Zusammenhang damit ist erklärlich, daß der Dollar an den Weltbörsen seit gestern bereits wieder eine neue Schwäche aufweist, obwohl der amerikanische Interventionsfonds seine Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat. An der Warschauer Börse notierte der Dollar gestern 5,50, Kabel Newyork wurde mit 5,52½ notiert. London zeigt die gleiche Schwäche, so daß das Pfund gestern in Warschau mit 27,80 gegenüber 27,85 am Vortage notierte.

Wie ferner aus Newyork gemeldet wird, hat Präsident Roosevelt den Kurs des Dollars mit 59,06 Cent des alten Dollarwertes, und den Preis für eine Unze Gold mit 35 Dollar festgesetzt.

Auswirkungen des deutsch-polnischen Roggenabkommens.

Seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Roggenabkommens ist ein voller Monat verflossen. In polnischen Fachkreisen hat man jetzt eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse des Abkommens aufgestellt und den Einfluß des Abkommens auf die Gestaltung des Preisniveaus und des Roggenhandels untersucht. Die Exportfachkreise haben dabei festgestellt, daß die Bedingungen des Abkommens während der ganzen Dauer seiner bisherigen Geltung von beiden Seiten loyal durchgeführt worden sind. Die Bemühungen um eine Steigerung des Roggenexports haben jedoch keine Erfolge gezeitigt, da in den Abnehmerländern weiterhin die Tendenz zur Beschränkung der Roggeneinfuhr und zum Ersatz des als Viehfutter verwendeten Roggens durch andere Agrarprodukte besteht. In vielen Ländern wird statt Roggen Mais zur Viehfütterung verwendet

Immerhin hat das deutsch-polnische Roggenabkommen nach Ansicht der polnischen Roggenexporteure einen Einfluß auf eine gewisse Preisbesserung an den Auslandsbörsen, insbesondere an der Amsterdamer Börse, ausgeübt. Eine gewisse Aufbesserung der Roggenpreise ist auch am polnischen Inlandsmarkt eingetreten. Im allgemeinen ist man also in Polen mit dem Roggenabkommen durchaus zufrieden, da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen immerhin seine Aufgabe gut erfüllt. Besonders positiv ist sein Einfluß auf dem Gebiete der Preisgestaltung. Die Unterbindung des ständigen Preisrückganges wird als großer Fortschritt im Kampf um die Stabilisierung der Preise für polnische Agrarprodukte bewertet. Zweifellos wird der Einfluß dieser Verständigung auf die Getreidepreise in den nächsten Monaten immer stärker hervortreten. EWD.

Polens Geflügelausfuhr.

Der polnische Hühnerexport erstreckt sich auf drei Rassen. Zwei Rassen werden in Westpolen gezüchtet, sämtlich mit gelbem Fleisch. Solches wird insbesondere in Deutschland gesucht. Dagegen verlangen Frankreich und England weißes Fleisch, so daß der polnische Export nach diesen Ländern sich in sehr engen Grenzen hält. Auf den Hühnerexport legt man übrigens in Polen weniger Wert, sondern mehr auf die Eierausfuhr, so daß die Auslandsumsätze in lebenden oder geschlachteten Hühnern relativ gering sind. Was den polnischen Gänsemarkt betrifft, so ist bereits in einem anderen Zusammenhang auf die Absatzmöglichkeiten hingewiesen worden. Ergänzend mag bemerkt werden, daß Frankreich sich vor allen Dingen für gemästete Gänselebern interessiert, für die 75 französische Franks je Kilogramm offeriert werden. Die Lieferung von solchen Lebern macht jedoch technische Schwierigkeiten, zu deren Beseitigung neuerdings die großpolnische Landwirtschaftskammer die ersten Vorbereitungen trifft.

England ist in der Weihnachtszeit ein Großkonsument in Puten. Auch in diesem Jahre interessierten sich die englischen Importeure für polnische Ware, so daß im Vormonat überaus hohe Preise für die verschiedensten Sorten von polnischen Puten erzielt wurden. Wie sich jedoch nachher herausstellte, haben trotzdem die polnischen Exporteure bei diesem Geschäft zugesetzt, so daß es unwahrscheinlich ist, daß im nächsten Jahre für den englischen Markt das gleiche Interesse bestehen wird, wie in diesem Jahre. EWD.

62 Prozent der Berliner Börsensitze ohne Mieter.

Obwohl die Stimmung an den deutschen Börsen, namentlich am Berliner Platze, im Jahre 1933 entschieden freundlicher war, lastete auf den Besuchern noch die Unsicherheit über das Schicksal ihrer weiteren Zulassung. Erst als die Säuberungsaktion abgeschlossen war (15. Oktober) belebte sich die Nachfrage nach günstig gelegenen Nischen und Fernsprechzellen erheblich, so daß die Nischen mit eingebauten Fernsprechzellen am Berliner Effektenmarkt Ende 1933 fast sämtlich vermietet waren. Dagegen ist die Nachfrage nach eigenen Fernsprechzellen, Sitzplätzen, Sonderleitungen usw. zurückgegangen. Ebenso hat der Gesprächsverkehr nach den Fernorten nachgelassen. Der Stand der Berliner Börseneinrichtungen Ende 1933 ist folgender:

Bestand	Ende 1933	1932	1931
Nischen (Tische)	70	70	70
davon vermietet	60	63	64,5
Sitzplätze	784	821	845
davon vermietet	302	345	408
Fernsprechzellen (öffentl.)	75	75	75
in Betrieb	43	75	75
Fernsprechzellen (vermietbare)	411	411	441
davon vermietet	290	302	248
Probenkästen	139	139	139
davon vermietet	56	58	58
Devisenplätze	68	68	68
davon vermietet	19	19	31

Wie aus der Aufstellung ersichtlich ist, sind noch 62 Prozent der Börsensitze ohne Mieter. Freilich sind diese in dem großen Börsenjahr 1926/27 errichtet worden, und man hat heute an einem Besuche in den damaligen Ausmaßen nicht das geringste Interesse. Nachdem der übersetzte Apparat einmal auf seine natürlichen Grenzen zurückgeführt worden ist, werden Teile der Börsensitze fortan dauernd freibleiben. Das Ehrengericht der Berliner Börse, das Anfang Mai 1933 neu gebildet worden ist, wurde im vergangenen Jahre in 25 Fällen durch Anzeigen beansprucht gegen 31 Anzeigen in 1932. Es handelt sich um Anzeigen, die hauptsächlich in den ersten Monaten eingegangen waren und die sich vornehmlich gegen Börsenbesucher richteten, die gegen die Devisengesetzgebung verstoßen haben oder die in Verdacht standen, bucketshop-Geschäfte zu tätigen. Die Schwere der Verfehlungen brachte es mit sich, daß gegen die Beschuldigten fast ausnahmslos auf dauernde Ausschließung erkannt wurde.

Firmennachrichten.

Graudenz. Zwangsversteigerung des Grundstücks in Graudenz, Grundbuch Band 10, Blatt 483, und Band 31, Blatt 1074, Inh. Wladyslaw Zwolinski und J. Gronwald, beide in Graudenz, am 4. April 1934, 10 Uhr, auf dem Burggericht, Zimmer Nr. 2.

Welchen Weg geht England?

H. G. Wells über den wirtschaftlichen Unsinn der Welt.

H. G. Wells über den wirtschaftlichen Unsinn der Welt.

H. G. Wells, der englische Romanschriftsteller, dessen Bücher auch auf dem Kontinent stark verbreitet sind, hält sich für einen Propheten, seit er im Jahre 1901 in seinen „Anticipations" und in einigen seiner Romane Zukunftsvisionen zeichnete, von denen einige, z. B. im Gebiet der technischen Entwicklung der Luftfahrt, inzwischen eingetroffen sind. Dieser Prophetenruf hat die britische Rundfunkgesellschaft kürzlich veranlaßt, ihn zu einem Vortrag in der von ihr veranstalteten Serie: „Wither Britain?" einzuladen. Das Stichwort, unter dem diese Vortragsserie startet, ist schwer zu übersetzen. Es bedeutet gleichzeitig: Welchen Weg geht England? und: Nach welcher Richtung soll England sich einstellen? Es sind lauter Prominente, die unter dieser Parole sich äußern.

H. G. Wells ist bekannt dafür, daß er die Dinge, mit denen er sich in seinen Büchern auseinandersetzt, unter einem universellen Gesichtspunkt zu betrachten versucht. So hat er es denn auch für richtig gefunden, seinen Vortrag damit einzuleiten, daß er diejenigen seiner Zuhörer, die in ihrem Denken insular eingestellt seien, aufforderte, ihre Radioapparate abzustellen. Er hat das Hohe Lied des Internationalismus gesungen und ihn namentlich England anempfohlen, von dem er sagte, daß es weniger als irgend ein anderes Land aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten, namentlich denen wirtschaftlicher Art, herauskommen könne, solange es einen Kantonsgeist pflege. Der ökonomische Nationalismus, die Bestrebungen zur Autarkie verschuldeten im Grunde alle diejenigen Übel, an denen die Welt heute leidet. Abhilfe könne nur geschaffen werden, wenn die Nationen zur Einheit strebten. Diese Einheit könne freilich nicht die politische Unifizierung sein, von der einige Schwärmer träumten, und die an tausend Widerständen der Rasse, der Sprache, der Tradition scheitern müßte. Wells findet in diesem Zusammenhang einige erfrischend kräftige Worte gegen den Völkerbund, den er als ein von der politischen Einbildungskraft Wilsons geschaffenes Phantom hinstellt. Die Einheit, die Wells im Auge hat, ist im wesentlichen eine auf der Basis der wirtschaftlichen Vernunft erstrebte.

Herzerfrischend, wie er sich unter diesem Gesichtspunkt mit einigen der Probleme auseinandersetzt, die heute die Welt beschäftigen, ohne daß sie zu einer Lösung kämen. Da ist z. B. das Problem des Geldes, der Währung. Wells sagt: „Das Geld ist, wir wissen es alle, ein Wertmaßstab, aber im Gegensatz zu anderen Maßstäben wechselt es seine Bedeutung von einem Lande zum andern, von einem Tage zum anderen Tage. Die anderen Maßstäbe sind unveränderlich. Soundsoviel Meter in Frankreich oder in Deutschland entsprechen soundsoviel Yards in England oder in Amerika. Eine bestimmte Anzahl von Pfunden in England bezeichnet dasselbe wie eine bestimmte Anzahl von Kilogramm in Spanien. Eine englische Meile ist eben eine bestimmte Entfernung, die dadurch nicht anders wird, daß man sie in anderen Längeneinheiten ausdrückt. Wenn ein englischer Tuchkaufmann an einen französischen Schneider eine bestimmte Menge Stoff zu liefern hat, und er schickt ihm eine geringere Menge, indem er vorgibt, daß der Yard gestiegen oder das Meter gefallen sei, dann würden wir ganz einfach sagen, er sei ein Spitzbube. Wenn wir aber zum Geld kommen, dann ist das alles ganz anders. Wenn ein Mann in Amerika mir Geld in Dollar schuldet, dann ist es mir, bevor ich den gezahlten Betrag umgewechselt habe, unmöglich zu wissen, wieviel Pfund Sterling ich von ihm wirklich erhalte. Zweifellos liegen bestimmte Gründe dafür vor, daß der derzeitige Zustand des Währungssystems so ist. Aber es gibt keinen unüberwindlichen Grund dafür, daß dieses System fortbestehen muß. Im Gegenteil, es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die dafür sprechen, daß man es möglichst rasch aufgibt."

So spricht Wells dann auch über die anderen dringlichen Probleme der Zeit, die Arbeitslosigkeit, die Überproduktion usw., die die Völker individuell durch Zolltarife, Kontingentierungen, Subventionen u. ä. lösen wollen, und mit all diesen künstlichen Mitteln sie doch nicht lösen können, sondern im Gegenteil damit nur einen heimlichen Krieg zwischen den Völkern hervorrufen. Merkwürdigerweise und nicht gerade ganz im Einklang mit der von ihm ausgesprochenen Mahnung zur wirtschaftlichen Einigung auf internationaler Basis findet Herr Wells, daß nur in Sowjetrußland und in den Vereinigten Staaten von Amerika ein organischer Versuch gemacht werde, die Situation nach einem rationellen Plan zu retten. Er empfiehlt sogar seinen Landsleuten die Nachahmung der Rooseveltschen Methoden und übersieht in diesem Augenblick wohl, daß vom Weißen Hause in Washington eine besonders krasse Form des wirtschaftlichen Nationalismus betrieben wird. Jedenfalls ist die drüben gemachte Wirtschaftspolitik durchaus so beschaffen, daß die folgende Klage, die Wells erhebt, auch auf sie zutrifft: „Wir alle schaffen Schwierigkeiten für die anderen, wir ruinieren die Aufbaupläne der anderen Länder. In einem bestimmten Augenblick geben wir Engländer den Goldstandard auf, versetzen damit einem großen Teil der Industrie und des Handels Frankreichs einen tödlichen Schlag. Eine Weile danach fängt der Dollar an zu fallen, und der gesamte Exporthandel Europas gerät ins Schwanken. Und schließlich eröffnet Japan mit seiner abgewerteten Devise gegen den Handel Europas einen noch viel schwereren Angriff, als ihn selbst ein Krieg bedeuten würde."

Wells sieht in der gegenwärtigen Politik Englands keine Anzeichen dafür, daß es gewillt sei, den Übeln der Welt mit den richtigen Mitteln zu begegnen, und er antwortet deshalb auf die über die Vortragsreihe geschriebene Frage: „Es ist absurd zu fragen: Welchen Weg geht England. Die einzige Antwort kann nur sein: Es geht überhaupt keinen Weg, es steht still, indem es offenbar darauf wartet, daß die reinigenden Kräfte, die durch die Welt fegen, uns eines Tages von der Oberfläche des Globus auslöschen werden."

Mit dieser Prophezeiung von Wells sich auseinanderzusetzen, müssen wir allerdings seinen Landsleuten überlassen. Aber Wells ist ein Zukunftsdeuter, der davon berufsmäßig lebt; hoffentlich kauft die Englische Regierung ihm „diesen letzten Band" seiner „Analyse der englischen Zukunft" ab. —nn.

Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages.

Der Abschluß des englisch-russischen Handelsvertrages ist nach einer Mitteilung aus unterrichteten Kreisen nunmehr nähergerückt. Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten seien beseitigt. Das neue Abkommen wird ein vorläufiges sein, da die Englische Regierung kein ständiges Abkommen abschließen will, solange die Schuldenfrage nicht geregelt ist.

Die fortgesetzte Hinauszögerung des Abschlusses des englisch-russischen Handelsvertrages war der Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. U. a. wurde die Frage gestellt, welche Vorschläge die Russische Regierung zur Zahlung der ursprünglich 13 Millionen Pfund betragenden Forderungen der Lena Goldfields-Gesellschaft gemacht habe. Der Regierungsvertreter teilte mit: Die Russische Regierung habe angedeutet, daß sie eine Mitteilung günstig beantworten würde, die dahin gehe, daß die Gesellschaft das frühere russische Angebot nicht annehmen könne, aber zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sei. Die Russische Regierung habe hinzugefügt, daß die Tatsache der Wiederaufnahme der Verhandlungen eine gegenseitige Abänderung der Bedingungen andeuten würde. Die Lena Goldfields-Gesellschaft habe daher auf Anraten der Englischen Regierung beschlossen, einen Vertreter nach Moskau zu entsenden. Die Bedingungen würden auf beiden Seiten beträchtlich abgeändert werden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Februar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 31. Januar. Danzig: Ueberweisung 57.83 bis 57,94, bar 57 84 - 57,86, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine —.— bis —.—. Prag: Ueberweisung 390,00, Wien: Ueberweisung 79,25. Paris: Ueberweisung —.—. Zürich: Ueberweisung 58,05. Mailand: Ueberweisung 266.00, London: Ueberweisung 27,75.

Warschauer Börse vom 31. Januar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,77, 124 08 — 123.46, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 172.80, 173,23 — 172,37, Helsingfors —, Spanien —, Holland 256 65, 357,55 — 355,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *). 27 83 — 27,55, Newyork 5,51, 5,54 — 5,48, Oslo —, Paris 34,91, 35,00 — 34,82, Prag 26,26, 26,32 — 26.20, Riga —, Sofia —, Stockholm 143,15, 143,85 — 142.45, Schweiz 172,10 172,53 — 171,67, Tallin —, Wien —, Italien 46.69, 46.81 — 46,57.

*) London Umsätze 27,70—27,68.

Freihandelskurs der Reichsmark 210,60.

Berlin, 31. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,612—2,618. London 13,055—13,085, Holland 168.33—168 67, Norwegen 65 63 bis 65,77. Schweden 67,33—67.47. Belgien 58,32—58.44 Italien 22,00 bis 22,04. Frankreich 16,44—16,48, Schweiz 81,12—81.28. Prag 12,45 bis 12,47. Wien 47.20—47,30. Danzig 81,39—81,55. Warschau 47.125—47.325.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,48 Zl., do. kleine 5,47 Zl., Kanada 5.43 Zl., 1 Pfd. Sterling 27,56 Zl., 100 Schweizer Franken 171,59 Zl. 100 franz. Franken 34,81 Zl., 100 deutsche Mark 209,20 Zl., Goldmark 212,34 Zl., 100 Danziger Gulden 172,29 Zl., 100 tschech. Kronen 24 05 Zl., 100 österreich. Schillinge 97.50 Zl., holländischer Gulden 355,60 Zl., Belgisch Belgas 123,41 Zl., ital. Lire 46,54 Zl.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 1. Februar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	55 to	14.75	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	— to	—.—	Weizenkleie	— to	—.—
Mahlgerste	15 to	14.25	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.50—14.75	gelbe Lupinen	7.00—8.00
Weizen	18.00—18.50	Bohnen	—.—
Braugerste	14.50—15.50	Serradella, neu	12.00—13.00
Mahlgerste	13.50—13.75	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Hafer	11.75—12.25	Weißklee	70.00—90.00
Roggenmehl 65%	21.50—22.50	Rotklee	160.00—200.00
Weizenmehl 65%	30.50—32.00	Fabrikkartoff.p.kg%	0.19
Roggenkleie	9.75—10.50	Leinkuchen	19.00—20.00
Weizenkleie, fein	10.25—10.75	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, grob	11.25—11.75	Sonnenblumenkuch.	18.50—19.50
Winterraps	40.00—42.00	blauer Mohn	48.00—52.00
Peluschken	13.00—14.00	Senf	32.00—34.00
Felderbsen	15.00—17.00	Leinsamen	40.00—44.00
Speiseerbsen	19.00—20.00	Wicken	13.00—14.00
Viktoriaerbsen	23.00—25.50	Winterrübsen	42.00—44.00
Folgererbsen	20.00—22.00	Roggenstroh, lose	—.—
blaue Lupinen	5.50—6 50	Roggenstroh, gepreßt	—.—

Allgemeine Tendenz: ruhig. Hafer schwächer. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	135 to	Fabrikkartoffel	165 to	Hafer	30 to
Weizen	222 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	25 to
Mahlgerste	30 to	blauer Mohn	— to	Grütze	— to
Braugerste	55 to	weißer Mohn	— to	Raps	— to
Roggenmehl	61 to	Futtererbsen	— to	Leinsamen	— to
Weizenmehl	102 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	— to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	60 to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	21 to
Roggenkleie	55 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	28 to	Gerstenkleie	— to	Trockenschnitz.	— to
BlaueLupinen	— to	Serradella	— to	Baldersb. Erbs.	o
Kartoffelflock.	— to	Senf	17 to	Gemenge	— to

Gesamtangebot 1093 to.

Warschau, 31. Januar. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 20,50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 11,00—12,00 Sammelhafer 10,50—11,00, Braugerste 15,00—15,50. Mahlgerste —.—. Grützgerste 13,25—13 75. Speisefelderbsen 20,00—22,00. Viktoriaerbsen 25,[illegible]—30,00, Winterraps 42,00—44,00, roher Rotklee ohne dicke Flachseide 150,00—190.00 Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 210,00—235.00. roh. Weißklee 60.00—70,00. roh. Weißklee bis 97% ger. 80,00—100,00. Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00. Weizenm. (65%) 1. Sorte 30.00—35,00. Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25.00—30,00. Weizenmehl 3. Sorte 17.00—23.00. Roggenmehl I (55%) 24.00—25,00. Roggenmehl I (65%) 23,00—24,00. Roggenmehl II 17.50—18.50. Roggenmehl III 18,00 - 19,00. grobe Weizenkleie 11.50—12 00. mittlere 10.50—11.00. Roggenkleie 8,50—9.00. Leinkuchen 17 50—18,00. Rapskuchen 14,00—14,50. Sonnenblumenkuchen 16,75—17,25. doppelt gereinigte Seradella 10,50—11,50. blaue Lupinen 6,50—7.00. gelbe —.—. Peluschken 13,50—14,00. Wicken 13.50 bis 14,50. Winterrübsen 42,00—45.00. Sommerrübsen 44.00—47.00. blauer Mohn 50,00—55,00. Leinsamen 39,00—40,00. Soja-Schrot 21,50 bis 22,00. Fabrikkartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 2520 to. davon 1866 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 22. bis 28. Januar 1934 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	20,50	14,50	15,25	11,50
Bromberg	18 25	14,67	15,00	12.13
Posen	18,37	14,67	15,54	11,87½
Lublin	20,50	13.11	—	9,77
Rowno	19,95	13,12½	—	8 75
Wilna	21,50	15.24	—	13,20
Kattowitz	21,50	15,90	19,00	13 50
Krakau	22,04	14,40	—	11,75
Lemberg	19,75	15,02	—	10,06
Auslandsmärkte:				
Berlin	40,60	33,71	38,06	31,70
Hamburg	17,35	9,14	9,80	8,86
Paris	—	—	—	—
Prag	36,69	26,40	24,09	17,42
Brünn	35,10	23,04	20,97	15,97
Danzig	20,18	15,75	17 92	—
Wien	36,20	21,20	—	19,00
Liverpool	14,75	—	—	17.71
London	—	—	—	—
Newyork	—	—	—	—
Chicago	18,49	13,48	16,60	14.68
Buenos Aires	10 69	—	—	6,88

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 31. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	575 to	14 75
	30 to	14.68½
	30 to	14 65
	70 to	14 55
Braugerste	45 to	17.00
Mahlgerste	15 to	14,65
Roggenkleie	30 to	10.25

Richtpreise:

Weizen	18.00—18.50	Klee, gelb, in Schalen	30.00—35.00
Roggen	14.50—14 75	Tymothyklee	25.00—30.00
Gerste 695—705 kg	14.50—15.00	Raygras	44.00—50.00
Gerste 675—685 kg	14.[illegible]0—14 50	Inkarnatklee	—.—
Braugerste	15.25—16.25	Senf	33,00—35.00
Hafer	11.75—12.00	Weizen- u. Roggenstroh, lose	1.25—1.50
Roggenmehl (65%)	19.50—21.00	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00
Weizenmehl (65%)	26.25—30.25	Hafer- und Gerstenstroh, lose	1.25—1.50
Weizenkleie	11.00—11.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	1.75—2.00
Weizenkleie (grob)	11.50—12.00	Heu, lose	5.00—5.25
Roggenkleie	10.25—11.00	Heu, gepreßt	5.50—6.00
Winterraps	45.00—46.00	Netzeheu, lose	6.00 6 25
Sommerwicke	14.50—15.50	Netzeheu, gepreßt	6.50—7.00
Peluschken	14.50 - 15.50	Kartoffelflocken	14.00—15.00
Viktoriaerbsen	23.00—26.00	Blauer Mohn	49.00—54.00
Folgererbsen	20.00—23.00	Leinsamen	47.00—50.00
Fabrikkartoff.p.kg%	0.20½	Leinkuchen	18.50—19.50
Seradella	13.00—14.00	Rapskuchen	15.25—15.75
blaue Lupinen	6.50—7.50	Sonnenblumenkuchen 46—48%	17.75—18.75
gelbe Lupinen	9.00—10 00	Sojaschrot	22.00—22.50
Klee, rot	210.00—235.00		
Klee, weiß	70.00—100.00		
Klee, schwedisch	90.00—110 00		
Klee, gelb ohne Schalen	90.00—100.00		
Wundklee	90.00—110.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1400 to. Weizen 455 to, Gerste 262 to, Haferkleie 101,5 to, Weizenkleie 32.5 to. Peluschken 20 to, Sämereien 8 to. Viktoriaerbsen 30 to, Wicke 30 to, Rapskuchen 12 5 to, Kartoffelmehl 125 to, Sirup 8,2 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Gersten, Roggen- und Weizenmehl ruhig, für Hafer schwach.